



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

03. Stadtratsprotokoll / 03^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 10. Februar 2021, 18.00 Uhr

Séance du mercredi 10 février 2021 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès, salle de concert

Anwesend / Présents:

Akamba Fréderica, Augsburg-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Halter Marisa, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Kohler Silja, Koller Levin, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Gianna, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, van der Meer Marion, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Epper Bettina, Hamdaoui Mohamed, Iseli Isabelle, Lehmann Caroline

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderat Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

--

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

38.	Genehmigung der Traktandenliste	93
39.	Mitteilungen Stadtratsbüro	93
	• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK:.....	94
40.	Ersatzwahl in den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel.....	94
41.	20200295 Verlängerung und Modifikation von Kaufrechten zwischen der Einwohnergemeinde Biel und der Vitali's Generation AG / Casa e vita AG / Bielersee Immobilien AG.....	95
42.	20200380 Kauf des Wohn- und Geschäftshauses an der Solothurnstrasse 18, Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 681 / Verpflichtungskredit.....	107
43.	Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20210046, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Liechti Kathleen, EVP, «Coronabedingte Armutvermeiden durch gute Kommunikation».....	110
44.	Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20210045, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Roth Myriam, Grüne, «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»	110
45.	Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20210047, de Maddalena Daniela, Grüne, «Korrektur Linienführung Bus im Geyisried, Quartier Mett»..	111
46.	Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210049, Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Umfrage bei Bieler KMU. Warum wird sie vom Gemeinderat nicht ernst genommen?».....	111
47.	20200389 Ersatz des ICT-Storage-Systems / Verpflichtungskredite	111
48.	20200331 Projekt FokusArbeit-«WerkAteliers» / Verpflichtungskredit / Projekt mit Pilotcharakter in der Sozialhilfe: Sozialhilfebeziehende werden zu «Akteuren in eigener Sache»	114
49.	20200387 Leistungsvertrag mit dem Verein X-Project / Verpflichtungskredit..	122
50.	20200388 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates:.....	125
	• Präsidialdirektion	125
	○ Postulat 20150182 «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer»	126
	○ Dringliches Postulat 20140324, «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!»	126
	○ Postulat 20150182 «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer» - Fortsetzung	127
	○ Postulat 20180371, «Lohnungleichheit bis 2023 behoben»	127
	• Finanzdirektion	130
	○ Postulat 20180369, «Sofortige Umsetzung der Fussgänger/innen- und Veloverbindung Gartenstrasse (fehlendes Teilstück)»	130
	• Direktion Soziales und Sicherheit	131
	○ Postulate 20180296 «Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen» und 20180367 «Verkehrsschulungsanlage für Alle»	131

○	Dringliches überparteiliches Postulat 20160274, «Terminvereinbarung beim Einwohnerdienst»	132
○	Postulat 20140273, «Bieler Finanzen durch fairen Soziallastenausgleich entlasten»	132
○	Überparteiliches Postulat 20180257, «Aufnahme von Bootsflüchtlingen»	133
○	Überparteiliches Postulat 20180258, «Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei»	133
○	Dringliches überparteiliches Postulat 20180324, «Massnahmen gegen Raser in der Innenstadt»	134
•	Direktion Bildung, Kultur und Sport.....	135
○	Überparteiliches Postulat 20160257, «Rekrutierung von Lehrkräften an den Bieler Primar- und Sekundarschulen».....	135
•	Direktion Bau, Energie und Umwelt.....	137

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Stadtratssitzung. Tout d'abord, je souhaite une cordiale bienvenue à Madame Vlaiculescu-Graf. C'est un plaisir de vous revoir. Frau Vlaiculescu-Graf übernimmt den Sitz des zurückgetretenen Maurice Rebetez. (*Applaus*)

Auf Ihren Tischen liegt folgende Unterlage auf:

- Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres! zum Geschäft 20200389 «Ersatz des ICT-Storage-Systems / Verpflichtungskredit»

Die Redezeit für Einzelsprechende ist auf drei Minuten beschränkt. Die Redezeit für die Fraktionssprechenden und antragstellenden Stadratsmitglieder beträgt 10 Minuten, diejenige der Mitglieder von Gemeinderat und vorberatenden Kommissionen 15 Minuten. Ich bitte Sie, auf Wiederholungen vorangegangener Wortmeldungen zu verzichten.

Aufgrund der Rückmeldungen besorgter Stadratsmitglieder bitte ich Sie, auch in der Sitzungspause die coronabedingten Abstandsregeln zu beachten.

38. Genehmigung der Traktandenliste

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Der Gemeinderat beantragt, die Ersatzwahl eines Gemeinderatsmitglieds in den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (CAF) nachzutraktandieren. Die Ersatzwahl kann anschliessend an die Mitteilungen des Stadtratsbüros stattfinden.

Die Nachtraktandierung der Ersatzwahl in den CAF wird mit einer 2/3-Mehrheit (Art. 31 Bst. e, SGR 1.5.1-1) genehmigt.

39. Mitteilungen Stadtratsbüro

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: In Absprache mit dem Stadtratsbüro von Nidau hat das Bieler Stadtratsbüro entschieden, die Parlamentsdebatte zum Geschäft 20200097 «Projekt AGGLOlac / Vertragswerke / Landübertragung / Gründung Gemeindeverband» an der nächsten Stadtratssitzung vom 17. und 18. März 2021 per Live-Streaming zu übertragen. Das Ratssekretariat hat die rechtlichen Abklärungen bereits vorgenommen. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR) empfiehlt sogar ein Streaming der Parlamentsdebatten während der Pandemiesituation. Wir hoffen, dass mit der Streaming-Übertragung einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprochen wird. Die Übertragung ist eine pandemiebedingte Ausnahme und erfolgt in interkommunaler Zusammenarbeit mit Nidau. Ich weise darauf hin, dass der Stadtrat hier im Kongresshaus von der guten technischen Infrastruktur profitiert; im Stadtratssaal in der Burg wären dafür Investitionen in die technische Ausrüstung notwendig gewesen.

Ich übergebe das Wort an die Ratssekretärin, Regula Klemmer, zur Abrechnung der Verpflichtungskredite in der Kompetenz der GPK.

Abrechnungen in der Kompetenz der GPK:

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 4. Februar 2021 die folgende **Abrechnung** des Verpflichtungskredites der Direktion Bildung, Kultur und Sport **in eigener Kompetenz, einstimmig und mit folgender Bemerkung genehmigt:**

- **20070385 Reorganisation der Bieler Museumslandschaft / Zusammenlegung der Museen Schwab und Neuhaus zum Neuen Museum Biel**
Die überdurchschnittlich lange Kreditlaufzeit begründet der Fachbereich mit einer Einsprache zum Baugesuch und den damit verzögerten Bauarbeiten. Der krankheitsbedingte Ausfall der Kulturdelegierten führte zu weiteren Verzögerungen. Ausserdem erfolgte die Vergabe der Architekturleistungen freihändig. Die Abweichung der Beschaffungsvorgaben wurde nicht formell dokumentiert. Gemäss Fachbereich wurde der Architekt auf Begehren der Stiftung Neuhaus beauftragt, da dieser über vertiefte Kenntnisse zum Gebäude verfüge.

Die folgende **Abrechnung** des Verpflichtungskredites der Direktion Bau, Energie und Umwelt hat die GPK **in eigener Kompetenz, einstimmig und mit folgender Bemerkung genehmigt:**

- **20120086 Schützengasse / Erneuerung der Werkleitungen**
Die Kreditunterschreitung von 35,6 % ist gemäss Fachbereich darin begründet, dass der Kostenvoranschlag gegenüber der Offerte zu hoch eingeschätzt wurde. Ausserdem wurde die Reserve für Unvorhergesehenes nicht benötigt. Zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat sollte darauf geachtet werden, dass die geplanten Ausgaben näher an den tatsächlich getätigten Ausgaben liegen.

Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat einmal mehr dringend, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir kommen zur nachtraktandierten Ersatzwahl für den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (CAF).

Der Gemeinderat schlägt Frau Glenda Gonzalez-Bassi vor.

40. Ersatzwahl in den Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel

Auf Vorschlag des Gemeinderats wird gewählt:

Frau Glenda Gonzalez-Bassi

41. 20200295 Verlängerung und Modifikation von Kaufrechten zwischen der Einwohnergemeinde Biel und der Vitali's Generation AG / Casa e vita AG / Bielersee Immobilien AG

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Zu diesem Traktandum wurde bei der Stadtkanzlei die Petition «Aufrechterhaltung des öffentlichen Parks und des Gemeinschaftsgartens am Passerellenweg» mit rund 600 Online- und 598 Papierunterschriften eingereicht. Die Petition fordert den Erhalt der Grünfläche und eine Insel der Biodiversität am Passerellenweg. Die Unterschriften wurden zwischen dem 23. Januar und 3. Februar 2021 gesammelt.

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Verlängerung und Modifikation der Kaufrechte zwischen der Stadt Biel und der «Vitali-Gruppe». Diesem Geschäft liegen Verträge aus dem Jahr 2015 zugrunde. Damals stand die Entwicklung des Gebiets um Post und Bahnhof Mett im Fokus. Das Grundstück Poststrasse 37 wurde gekauft und für das Grundstück Poststrasse 41 das Kaufrecht erteilt. Die GPK stösst sich daran, dass die damaligen Transaktionen im Bericht des Gemeinderats zum vorliegenden Projekt salopp als Tauschgeschäft bezeichnet werden. Damals flossen hohe Summen, die mit der strategischen Relevanz der Grundstücke in diesem Gebiet begründet wurden. Die Transaktion war ein Kauf und eine Option auf Kauf, kein Tausch. Im Gegenzug dazu räumte die Stadt damals ein Kaufrecht an Grundstücken an der Bürenstrasse und im Geyisried ein.

Der Investor macht nun von seinem Kaufrecht Gebrauch und will Wohnüberbauungen realisieren. Die Stadtplanung hat im Perimeter der Bürenstrasse eine Analyse der Überbaumungsmöglichkeiten vorgenommen. Diese kam zum Ergebnis, dass nun doch ein Verbleib des Grundstücks in Stadtbesitz anzustreben sei. Im Bericht des Gemeinderats steht, dass die Parzelle als Verbindung zwischen der Bürenstrasse, respektive des entlang des linken Schüssufers verlaufenden Uferpfads und der angrenzende Öli-Insel bedeutend sei. Die Stadtverwaltung will jetzt also die bestehende Abmachung korrigieren. Anders als damals interpretiert sie die Gewässerverordnung (Kantonale Gewässerschutzverordnung KGV; BSG 821.1) nun dahingehend, dass keine gewässerüberspannende Bebauung möglich sei. Eine Überbauung des Renferareals würde eine Verbindung zum bereits bestehenden Uferweg verunmöglichen. Das Vorhandensein eines Abwasserrückhaltebeckens auf der Parzelle, aber auch der Zugang zur Öli-Insel und zur Schüss (Rampe) gehören zu den vorgegebenen Rahmenbedingungen. Aus Sicht der GPK waren diese im vorliegenden Bericht des Gemeinderats dargelegten Gründe bereits 2015 bekannt. Die GPK vermutet deshalb, dass die beiden mit dem Geschäft befassten Abteilungen der Stadtverwaltung nicht miteinander kommuniziert haben. Die «neuen» Voraussetzungen führten dazu, dass eine Variantenstudie über die Gestaltung und das bebaubare Volumen durchgeführt wurde. Obwohl die Studie noch nicht abgeschlossen ist, steht bereits heute fest, dass das Grundstück nicht so überbaut werden kann wie abgemacht. In Anbetracht der Verpflichtung gegenüber dem Investor soll nun der Tausch mit der Parzelle am Passerellenweg erfolgen. Das Volumen entspricht ungefähr demjenigen der Abmachung von 2015.

Das Grundstück am Passerellenweg befindet sich in der Bauzone. Das Gebiet wird momentan teilweise zwischengenutzt. Die Verträge für die Zwischennutzung laufen

jeweils 12 Monate. Der letzte Vertrag wurde nicht mehr verlängert. Finanziell ist das vorliegende Geschäft für die Stadt ein Gewinn.

Die GPK hat nach formeller Überprüfung keine Mängel festgestellt. Insgesamt ist die GPK jedoch mit der Qualität des Dossiers nicht zufrieden. Der Bericht des Gemeinderats lässt zu viele Fragen offen. Beispielsweise ist im Bericht nirgends eine Erklärung zu finden, wie sich die Investorengruppe zusammensetzt. Grundsätzlich ist die GPK aber der Ansicht, dass der Gemeinderat auf eine Abmachung zurückkommen und Verbesserungen vornehmen kann. Wichtig ist, dass die Stadt eine verlässliche Partnerin sowohl für die Zwischennutzung als auch für die Investoren ist. Sollte dem Geschäft heute Abend nicht zugestimmt werden, gelten automatisch die Verträge und Abmachungen aus 2015. Da dies nicht im Interesse der Stadt ist, unterstützt die GPK das vorliegende Geschäft mehrheitlich.

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Beim vorliegenden Geschäft geht es um die Verlängerung eines Deals. Das ursprüngliche Geschäft bzw. die gegenseitige Einräumung von Kaufrechten wurde 2015 vom Stadtrat gutgeheissen. Diese Kaufrechte wurden unterdessen allesamt ausgeübt. Heute Abend soll nun dieser Deal in Frage gestellt werden. Wieso? Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass die an der Bürenstrasse ursprünglich vorgesehene Geschossfläche nicht garantiert werden kann. Die Gründe dafür, beispielsweise die Gewässerschutzvorschriften und das Abwasserrückhaltebecken, waren bereits 2015 bekannt. Der Gemeinderat hält fest, dass ein Verbleib der Parzelle bei der Stadt anzustreben sei. Die Fläche könnte als öffentlicher Freiraum zur Schüss in Wert gesetzt werden. Als Tauschobjekt wird eine Parzelle vorgeschlagen, die sich in der Bauzone befindet. Ein guter Tausch also für die Investorengruppe! Offensichtlich so gut, dass gewisse Abstriche im Geyisried zu verschmerzen sind. Eine «win-win-Situation»? Dieser Meinung ist die Fraktion Grüne nicht. Die Parzelle am Passerellenweg befindet sich in einem Quartier, das stark von der Madretschstrasse geprägt ist. Es gibt dort kaum öffentlichen Raum ausserhalb Strassennähe. Einige werden sagen, dass der Wald nah und mit dem Velo erreichbar ist. Das ist jedoch nicht dasselbe. Wir alle wissen, dass verdichteter Wohnraum in der Stadt wichtig ist. Mit der Verdichtung muss aber nach Meinung der Fraktion Grüne ein qualitativ hochwertiger und begrünter öffentlicher Raum einhergehen, der auch zu Fuss gut erreichbar ist. Solche Orte sind in diesem Quartier rar. Die Fraktion Grüne möchte deshalb die betreffende Parzelle lieber im Eigentum der Stadt behalten, damit sie der Öffentlichkeit und der Quartierbevölkerung weiterhin zur Verfügung steht. Die Fraktion Grüne lehnt deshalb das vorliegende Geschäft ab. Den Deal von 2015 stellen wir nicht in Frage. Das vorliegende Geschäft jedoch geht auf Kosten des betroffenen Quartiers und das können wir nicht unterstützen.

Noch ein Wort zur Zwischennutzung. In der Zeitung stand, dass der Widerstand im Quartier Gift für zukünftige Zwischennutzungen sei. Ich mache Ihnen gerne eine andere Sichtweise beliebt. Mit einer Zwischennutzung stellt beispielsweise die Stadtverwaltung Infrastruktur zu stark vergünstigten Bedingungen zur Verfügung. Dies erlaubt es engagierten Gruppen, Neues auszuprobieren. Vielleicht klappt das manchmal nicht, aber manchmal wird damit ein Bedürfnis erfüllt. Die Stadtverwaltung hat das Experimentieren in der Vergangenheit zurecht zugelassen und sollte dies auch in Zukunft tun. Wir alle wissen, dass aus einer Zwischennutzung kein Rechtsanspruch entsteht. Eine Zwischennutzung kann aber helfen, Bedürfnisse zu erkennen und zu

sehen, wo sich Personen engagieren und was funktioniert oder eben nicht. Dies wird unter anderem durch eine offene Politik des Gemeinderats ermöglicht. Die Offenheit gegenüber den Anliegen der Bevölkerung zu bewahren, ist sinnvoll.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist bekannt dafür, Grundstücke im Besitz der Stadt behalten zu wollen. Landverkäufe lehnen wir grundsätzlich ab. Im vorliegenden Geschäft geht es nicht um einen Verkauf, sondern um einen Tausch von Kaufrechten. Von gut begründeten Tauschgeschäften lässt sich die Fraktion SP/JUSO überzeugen. Dies trifft jedoch beim vorliegenden Geschäft nicht zu und die Fraktion SP/JUSO kann dem gemeinderätlichen Antrag aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

- Die Notwendigkeit für dieses Geschäft ist nicht ersichtlich. Vor fünf Jahren wurde der Investorengruppe ein Kaufrecht für die Parzelle an der Bürenstrasse eingeräumt. Es war schon damals bekannt, dass aufgrund der Gewässerschutzbestimmungen eine Überbauung der Parzelle nicht einfach sein würde. Trotzdem einigten sich die beiden Parteien auf diesen Tausch. Wieso will der Gemeinderat jetzt ein Grundstück behalten, das vor fünf Jahren hätte abgegeben werden sollen?
- Es gibt in der Stadt Biel, und insbesondere im Madretschquartier, nur wenig Parkanlagen und Grünflächen. Für die Fraktion SP/JUSO ist unverständlich, wieso eine der letzten grünen Flächen im Quartier überbaut werden soll. Die Stadt braucht mehr und nicht weniger grüne Oasen mit Vogelgezwitscher statt Strassenlärm. Wenn die Stadt verdichtet werden soll, muss sichergestellt werden, dass genügend grüne Flächen bleiben. Damit bleibt die Stadt lebenswert. Die Parzelle am Passerellenweg erfüllt genau dieses Bedürfnis. Sie werden einwenden, dass die Parzelle in der Bauzone liegt. Das stimmt, muss aber nicht so bleiben. Um diese Grünfläche langfristig zu sichern, wird die Fraktion SP/JUSO einen überparteilichen Vorstoss miteinreichen, in welchem die Auszonung der Parzelle gefordert wird. Die Stadtverwaltung soll auf partizipative Weise zusammen mit der Bevölkerung den Grünraum gestalten.

Ich gehe auf einen demokratischen Aspekt ein, der mir im Rahmen des vorliegenden Geschäfts relevant erscheint. Über den Landtausch entscheidet der Stadtrat. Einem Unternehmen steht es frei, sich vor der Abstimmung so vorzubereiten, dass im Falle einer Zustimmung rasch gebaut werden kann. Es tut dies jedoch auf eigenes Risiko. Die Stadtratsmitglieder dürfen sich von solchen Plänen nicht unter Druck setzen lassen. Der Stadtrat ist niemandem Rechenschaft schuldig. Er ist das demokratische Organ, welches über solche Vorlagen entscheidet. Ich finde es stossend, wenn nun auf dem betreffenden Grundstück Bauprofile stehen, bevor das zuständige Organ entschieden hat. Der Stadtrat wird damit einmal mehr zu einem «Abnickergremium» degradiert, weil von vorneherein von einer Zustimmung ausgegangen wird. So verhält es sich aber nicht. Der Gemeinderat kann nur vorschlagen, entscheiden wird der Stadtrat. Ich bitte deshalb den Gemeinderat, zuerst den Entscheid des zuständigen Organs abzuwarten, bevor irgendwelche Profile aufgestellt oder sonstige Tatsachen geschaffen werden. Die Fraktion SP/JUSO wird das Geschäft ablehnen. Beim vorliegenden Geschäft dominieren aus unserer Sicht die Nachteile. Möchte der Gemeinderat zukünftig Land abtauschen, muss er Vorschläge unterbreiten, bei welchen die Vorteile überwiegen.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Avec cette affaire immobilière, on nous demande de revenir sur une autre affaire de 2015 qui s'est manifestement avérée comme insatisfaisante. À l'époque, tout le monde y croyait – y compris le partenaire contractuel de la Ville, et cela malgré les difficultés liées à la parcelle n° 30 à Boujean déjà décrites en détail dans le rapport que le Conseil municipal qui nous avait soumis en 2015. En fait, un permis de construire avait précédemment été accordé à ce même endroit, déjà sous le nouveau régime de la Loi fédérale sur la protection des eaux (LEaux; RSB 814.20), révisée en 2011. L'introduction subséquente en début 2015 de la Loi cantonale sur les constructions (LC; RSB 721.0) et les nouvelles règles concernant la construction des espaces réservées aux eaux ne changeaient pas fondamentalement la donne. Mais les complications se concrétisant lors de l'examen détaillé du projet, les partis ont convenu de l'abandonner, la ville faisant notamment valoir un intérêt d'aménagement public en lien avec l'île de l'ancien pressoir et l'accès du public à la rive gauche de la Suze. Dans ces circonstances, il est envisageable et même normal de revenir sur l'ancienne affaire pour en conclure une nouvelle.

La question se pose alors de ce qu'on fait de la différence de valeur entre cette parcelle n° 30 et celle du chemin de la Passerelle qui nous est proposée en remplacement. La surface brute de plancher constructible de la parcelle RFB n° 5097 dépasse celle de la parcelle RFB n° 30 de 900 m², c'est à dire du simple au double. La valeur des quatre parcelles du Geyisried avait été fixée selon le pacte d'emption du 7 août 2017, sur la base de 3'925 m² de surface brute au plancher constructible. Aujourd'hui, le Conseil municipal nous propose de réduire ce potentiel du surplus de 900 m² apporté par le chemin de la Passerelle. Ainsi, la valeur imputée aux parcelles du Geyisried en 2015 diminue d'environ 560'000 fr. En contrepartie, la Ville dispose théoriquement de ce potentiel constructible de 900 m² à cet endroit. On verra ce qui l'en adviendra, éventuellement encore un parc public. En revanche, il est certain que le projet envisageable pour le partenaire contractuel au Geyisried perdra en densité, ce qui peut raisonnablement être apprécié de manière différenciée.

Sous ce même aspect, il est par contre incompréhensible que l'on puisse s'opposer à cette affaire dans l'intention de soustraire tout ou une partie de la parcelle du chemin de la Passerelle pour la consacrer au jardinage urbain. Cette exigence se met en contradiction flagrante avec le postulat de la densification que nous approuvons toutes et tous. C'est un principe fondamental de l'aménagement du territoire suisse qui a été introduit comme projet indirect à l'initiative des Verts «Contre le mitage du territoire», rejetée en 2019. Le chemin de la Passerelle offre de la place pour un habitat de qualité pour de nouveaux habitants bienvenus à Bienne, y compris des surfaces de jardinage. Quant aux îlots invoqués par Monsieur Koller, le terrain du chemin de la Passerelle est situé à environ 300 mètres d'une belle forêt, d'installations sportives et surtout à proximité d'une école. Cette parcelle est idéalement située pour l'habitat, et la Ville a un partenaire pour réaliser cet habitat. Continuons à faire vivre Bienne. L'affaire qui nous est soumise est un pas de plus sur cette voie. Le Groupe PRR vous prie d'accepter ce projet.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Ursprung des vorliegenden Geschäfts geht auf das Bestreben zurück, Land an der Poststrasse zur Erweiterung der bestehenden Parzellen zu erwerben. Dieses Vorhaben scheint der Fraktion SVP/Die Eidgenossen logisch, nachvollziehbar und unterstützenswert. Mit einer

grösseren Fläche steigen auch die Bebauungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Stadt Biel hat zulasten der Parzelle an der Bürenstrasse Verträge abgeschlossen. Entgegen diesen Verträgen will der Gemeinderat nun aber die Parzelle nicht abgeben. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen steht diesem Vorgehen kritisch gegenüber. Umso begrüssenswerter ist die einvernehmliche Lösung mit dem Vertragspartner. Die Anwohnenden der betroffenen Parzelle am Passerellenweg machen jetzt mit einer Petition medienwirksam auf ihren Widerstand aufmerksam. Für die Beweggründe der Quartierbewohnenden hat die Fraktion SVP/Die Eidgenossen durchaus Verständnis. Wir weisen jedoch darauf hin, dass es sich bei der momentanen Nutzung um eine Zwischennutzung handelt. Das betroffene Grundstück befindet sich seit Langem in der Bauzone und die aktuelle Entwicklung war vorhersehbar. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen darf eine Zwischennutzung kein Hindernis für ein geplantes Projekt darstellen. Dies ist weder im Sinn der Sache noch im Interesse derjenigen, die von der Zwischennutzung profitieren. Warum sollten EigentümerInnen von Grundstücken oder Lokalen sich auf eine Zwischennutzung einlassen, wenn sich am Ende Probleme stellen? Auf eine Zwischennutzung folgt ein anderes Projekt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: À première vue, le projet d'échange de terrains semble très intéressant pour réserver des emplacements stratégiques à Mâche et assoir divers projets à venir. L'intérêt de cette stratégie proactive, si elle est bien pensée, peut être très bénéfique. Le projet de la Longue-Rue à Mâche devrait pouvoir être développé. À ce stade, il a l'entier soutien du Groupe PSR, mais pas à n'importe quel prix. Le problème ne se situe pas dans l'achat de ces bâtiments à Mâche, mais bel et bien dans l'échange de parcelles. Le choix de la route de Büren n'ayant pas été retenu pour différentes raisons, le choix s'est ensuite porté sur le terrain viabilisé du chemin de la Passerelle, dont il avait été bien précisé que l'utilisation serait provisoire. Jusqu'ici, il n'y a pas eu de problèmes. Les habitants du quartier et les riverains ont utilisé ce terrain à bon escient. En comblant un besoin évident, il est devenu un lieu de découverte pour les classes et les enfants du quartier. Les enfants de l'école des Pianos n'ont aucune surface verte autour de leur école ; ils se rendent donc régulièrement au chemin de la Passerelle, proche de leur lieu scolaire. C'est aussi un lieu de balade et de rencontre pour les résidents du home Tulipe, un espace pour les familles, et donc un lieu de rencontre intergénérationnel. Les espaces verts dans ce quartier assez bétonné manquent cruellement. Permettre un lieu de rencontre, un espace de découverte et de jeux, la permaculture et le jardinage: cet îlot de verdure a révélé la nécessité forte d'avoir à cet endroit un peu de détente dans ce petit poumon de verdure. Certes, la Ville a proposé un terrain de remplacement, mais malheureusement, celui-ci ne pourra pas répondre aux critères cités ci-dessus, même s'il était bien aménagé. Nous ne pensons pas que la Ville va être submergée par ce genre de demande. Chaque prêt de terrain et/ou de bâtiment demande une évaluation à la fin de chaque mandat, en tenant compte de critères établis dans le dialogue. Un dialogue engendre une grande confiance entre les citoyens et les autorités. De plus, la Ville s'est engagée pour le climat et pour sa préservation. C'est une mesure allant dans ce sens: développer des lieux de qualité pour se détendre et inciter diverses activités sociales et culturelles. Il y a dans ce quartier beaucoup d'espaces bâtis et peu d'espaces verts, indispensables à la qualité de vie des habitants.

Le Groupe PSR s'oppose à l'échange de terrain dans cette affaire et demande de trouver une autre alternative. Il souhaite que le jardin de la Passerelle devienne un jardin public accessible à toute la population. Les biennoises et biennois se souviennent sûrement du parc Elfenau qui avait été sauvé de la menace des constructions. Aujourd'hui, cet espace est très apprécié. Le Groupe PSR espère vivement qu'il en sera de même pour le parc de la Passerelle ou le parc à Palabres, et qu'on le laisse prendre racine là où cela fait sens, tout en respectant les besoins spécifiques de son quartier.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird dem vorliegenden Geschäft nach eingehender Diskussion zustimmen. Auch die dazu eingereichte Petition haben wir beurteilt und sind zum Schluss gekommen, dass dem Geschäft zugestimmt werden kann und soll. Warum? Eine Besonderheit des vorliegenden Geschäfts ist, dass die Stadt das Grundstück beim Bahnhof Mett erwarb mit anschliessender Einräumung eines Kaufrechts, welches aber nie ausgeübt wurde. Am Geyisriedweg wurde das Kaufrecht ebenfalls nicht eingelöst und 2017 verlängert. Vielleicht weiss der Stadtpräsident, weshalb die Planung der Investorengruppe nicht weitergeführt wurde. Das ist unschön, weil die Stadt Biel damit keine verlässliche Partnerin ist. Die Liegenschaft an der Bürenstrasse wurde vielleicht früher als weniger wichtig beurteilt. In fünf Jahren kann sich aber einiges ändern und heute ist das Grundstück an der Bürenstrasse auch für die Fraktion FDP sehr wichtig. Bei einer Ablehnung des vorliegenden Entwurfs wird die Bürenstrasse überbaut und die wichtige Verbindung des Uferwegs fällt damit unwiderruflich weg. Der Landabtausch wäre also für die Stadt ein Gewinn. Das Grundstück am Passerellenweg unterliegt einer zweifachen Nutzung: einerseits wird es als Zwischennutzung genutzt, teilweise mit Gärten. Dass eine Zwischennutzung nicht in geltendes Recht überführt werden darf, wurde bereits gesagt. Den Zwischennutzenden wurde ein Ersatz an der Mettstrasse angeboten. Der Verein war anscheinend ursprünglich auch damit einverstanden, seine Arbeit so nahe am ursprünglichen Standort weiterzuführen. Die zweite Nutzung betrifft nicht einen «Park», wie zu lesen war, sondern eine Matte, die gelegentlich im Sommer besucht wird, keinesfalls aber als eine grüne Oase mit vielen Vögeln beschrieben werden kann. Das Gelände ist nicht unwichtig, hat aber auch nicht eine so grosse Bedeutung. Im betroffenen Quartier hat es weitere Grünflächen. Beim Schulhaus Madretsch hat es eine grosse Matte mit Geräten zum Austoben. Im Lindenquartier wurde am Dählenweg kürzlich ein Spielplatz eingeweiht. Um das Schulhaus Linde herum bestehen ebenfalls grosse Grünflächen. Ausserdem ist der Wald nah. Die Fraktion FDP ist der Auffassung, dass nach sorgfältiger Abwägung dem Geschäft zugestimmt werden sollte.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Der Gemeinderat unterbreitet vorliegend ein Geschäft, das es im Grunde gar nicht geben sollte. 2015 hiess der Stadtrat einen Tauschhandel mit Kaufrechten mit der Vitali-Gruppe gut, der unter anderem die Parzelle an der Bürenstrasse umfasste. Im damaligen Bericht des Gemeinderats hatte diese Parzelle für die Stadt keine strategische oder sonstige Bedeutung. Das Kaufrecht nahm die Firma Vitali 2019 wahr. Nur wenige Jahre danach soll sich nun aus Sicht der Stadt etwas geändert haben? Welche Strategie der Gemeinderat verfolgt, wissen vielleicht die Götter. Es gibt kein Konzept, eine Strategie zur Nutzung ist nicht erkennbar und ein Zeitplan fehlt. Die Vitali-Gruppe will aber dort bauen und hat das Kaufrecht ausgeübt. Wieso lässt sich der Stadtrat auf den Rückzieher des Gemeinderates überhaupt ein, dieses Land nicht der Vitali-Gruppe zu

überlassen? Schlussendlich ist das die Kernfrage des vorliegenden Geschäfts. Den Passerellenweg ins Spiel zu bringen ist zwar die Kirsche auf der Torte, aber eigentlich zweitrangig. Deshalb bleibe ich in meinen weiteren Ausführungen bei der Bürenstrasse. Die Gewässerschutzvorgaben waren bekannt. Bereits 2004 bestand ein Baurecht zugunsten der Firma Dasiswas GmbH. Ein Bauprojekt für ein Mehrfamilienhaus wurde geplant, eingegeben und von der Baubehörde gutgeheissen. Es gab jedoch Einsprachen. Diejenige des Quartierleists ging bis vor Bundesgericht und wurde 2009 abgewiesen. Anpassungen bei den Gewässerschutzvorgaben wurden damals keine vorgenommen. Das Gebäude hätte also gebaut werden können. Warum mit dem Bau nicht begonnen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Was mit dem damaligen Baurecht geschah, ist nicht bekannt. Klar ist, dass der Vitali-Gruppe an dieser Parzelle ein Vorkaufsrecht gewährt wurde. Die heutige Kehrtwende des Gemeinderats zu dieser Parzelle ist erstaunlich. Dort einen Quartiertreffpunkt und Erholungsraum zu schaffen, ist aus meiner Sicht ziemlich «schräg», zumal auf der anderen Flussseite hinter der Migros und geschützt vom Verkehr ein besser geeigneter Platz vorhanden wäre. Dort steht eine Scheune, welche sich als Standort für einen Quartiertreff eignen würde. Die Gründe für den Bedarf der Stadt sind sehr fragwürdig. Der Stadtrat sollte seinen Entscheid von 2015 bestätigen. Die Vitali-Gruppe hat das Kaufrecht an der Bürenstrasse ausgeübt. Konsequenterweise müsste das vorliegende Geschäft jetzt abgelehnt werden. Das Kaufrecht am Geyisriedweg hingegen kann gutgeheissen werden. Mein Vorredner hat das Ersatzterrain für die Zwischennutzung gelobt. Dieses Ersatzterrain befindet sich in nordseitiger Hanglage, wird kaum besonnt und ist schlecht zugänglich. Für Gärten ist der Platz völlig ungeeignet. Die Schaffung von Biodiversität wie am Passerellenweg benötigt jahrelange Arbeit. Unschön ist, dass der Investor, die Vitali-Gruppe, das Gelände am Passerellenweg bereits ausgesteckt hat. Die Fraktion Einfach libres! empfiehlt die Ablehnung des vorliegenden Geschäfts und die Verlängerung des Kaufrechts am Geyisriedweg.

Molina Franziska, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ wird sich bei der Abstimmung zum vorliegenden Geschäft mehrheitlich enthalten. Dessen Vorgeschichte geht bis ins Jahr 2015 zurück. Damals lag der Fokus der Stadtverwaltung stark auf dem Gebiet um den Bahnhof Mett. Ein Vergleich der damaligen Unterlagen für diesen Perimeter mit dem Stand von heute fällt unbefriedigend aus. In den damaligen Unterlagen zur Bürenstrasse steht, dass die Gewässerschutzbestimmungen geändert wurden. Das ist also nicht der Grund dafür, dass dieses Geschäft heute nochmals vorgelegt wird. Genug zu 2015, blicken wir auf das aktuelle Dossier. Das Geschäft hat für die Fraktion GLP+ zu wenig «Fleisch am Knochen». Wir verstehen den Abtausch und können die Auswirkungen nachvollziehen. Was aber aus dem Bericht des Gemeinderats zu wenig ersichtlich ist, sind folgende Punkte:

- Wieso hat die Stadtplanung ihre kritische Haltung zur Überbauung an der Bürenstrasse 2015 nicht geäussert? Haben sich die betroffenen städtischen Abteilungen gut genug untereinander ausgetauscht?
- Welche Pläne verfolgt die Stadtplanung für die Bürenstrasse? Welche Vision hat sie diesbezüglich?
- Mit welchen Umsetzungsschritten wird gerechnet?
- Wieso wird der Wert des Freiraums an der Bürenstrasse höher gewichtet als jener am Passerellenweg?

Unsere Fragen wurden vom Gemeinderat äusserst knapp und ungenügend beantwortet. Gerne hätte die Fraktion GLP+ den für heute angekündigten Rückweisungsantrag unterstützt. Aus uns nicht bekannten Gründen liegt er jedoch nicht vor. Gestützt auf die aktuell ungenügenden Grundlagen ist die Fraktion GLP+ nicht bereit, einen Entscheid zu treffen und den Wert zweier Grundstücke zu gewichten. Es kann nicht sein, dass aufgrund des besseren Lobbyings ein Quartier über das andere siegt. Das ist keine Sachpolitik. Wir benötigen eine fundierte Entscheidungsgrundlage und bitten den Gemeinderat, zu seiner qualitätsvollen Arbeit zurückzukehren.

Wiederkehr Martin, SP: Im vorliegenden Geschäft geht es um viele verschiedene Aspekte. Es geht um Zwischennutzung und um einen Landkauf durch die Stadt und die Vitali-Gruppe. Dazu kommen der Landabtausch und das Thema der Gewichtung der verschiedenen Parzellen. Dass ein Immobilienbesitzer und -händler in Biel Land nur tauscht und nicht kauft, wirft Fragen auf. Ein Immobilienhändler will sein Gebäude grundsätzlich vergrössern, das ist legitim. Der Vertragspartner im vorliegenden Geschäft jedoch will anscheinend mit einem Landabtausch und einer Überbauung möglichst viel Geld in seine Liegenschaften investieren. Dieses Vorhaben zu unterstützen, ist nicht in meinem Sinn und Geist. Ich werde das vorliegende Geschäft ablehnen.

Tonon Ariane, Les Verts: Je m'exprime ici en tant qu'élue des Verts mais aussi en ma qualité d'habitante du quartier de Madretsch nord, où se trouve le terrain qui nous occupe ce soir, ainsi qu'en tant que membre du jardin communautaire. Je suis, par ailleurs, une observatrice attentive des mouvements qui ont lieu dans ce quartier depuis quelques années. Depuis 2015 environ, des constructions d'immeubles vont bon train dans le périmètre rue de l'Allée/rue des Prés (jusqu'au sous-voies)/route de Madretsch/rue des Pianos. La plupart de ces constructions ont eu lieu sur des terrains privés qui contenaient des surfaces arborisées et vertes. Le paysage de ce quartier a donc passablement changé en très peu de temps. Des maisons et des immeubles ont été rénovés, ce qui est positif et tout à fait défendable. Mais il faut aussi relever la destruction drastique de zones vertes qui, même si elles n'étaient pas ouvertes au public, n'en jouaient pas moins le rôle de régulateur de la température. Ces zones vertes étaient une forme de protection essentielle du cadre de vie de la population, mais également du bien-être et de la sérénité des rapports sociaux. Par ailleurs, cette partie du quartier manquait, déjà à l'époque, de zones publiques et ouvertes. C'est un constat objectif que vous pouvez faire vous-même par l'examen des plans et qui est confirmé par l'enquête de terrain menée par l'Infoquartier en 2019, au sujet des besoins. Celle-ci a démontré la nécessité de disposer de zones vertes, de terrains de jeux et de points de rencontre. La pétition mentionnée a été largement soutenue et signée par les habitant-e-s du quartier. Il faut rappeler que ces personnes, qu'elles aient le droit de vote ou non, sont des contribuables à part entière. On sait également que les espaces ouverts favorisant le mélange des populations permettent de lutter activement contre l'enfermement sur soi ou sur la communauté. Ceci est une condition sine qua non à la construction d'une manière de vivre ensemble.

Revenons donc à la question de la zone verte qui nous occupe ce soir. La zone a été valorisée et occupée ces dernières années, suite à la conjonction de plusieurs facteurs: le besoin de zones vertes et de rencontre, l'augmentation de la population, la vie

donnée par la présence d'un jardin communautaire, mais aussi par le simple fait de voir l'espace occupé et des gens s'y activer. Concernant l'augmentation de la population, j'aimerais citer un mélange nouveau qui résulte de la présence de la Fondation Tulipe et l'ouverture d'une école à la rue des Pianos dont la cour est si petite. En conclusion, je vous invite à porter un regard neuf sur cette affaire et à reconsidérer les priorités, car elles ont changé depuis 2015. Nous devons avoir le courage politique de changer aussi. Cette zone à bâtir est devenue, par son développement spontané, un espace de rencontre, de jeux et une zone de biodiversité. Il n'y en a pas d'autres dans cette partie de la Ville de Bienne. Les bases sont posées et le tout est à améliorer avec la participation des personnes du quartier. Je vous demande de donner la possibilité à ce terrain de se développer en refusant le projet proposé.

Wächter Olivier, UDC: J'ai bien écouté ce qui a été dit à la tribune sur cette affaire. Je comprends les habitant-e-s de ce quartier qui préfèrent vivre dans un endroit où il y a des espaces verts, ce qui est légitime. Ce terrain à bâtir répond à un besoin de logements en Ville de Bienne, dû à l'augmentation de la population. Les personnes qui suivent plutôt les mouvements de Gauche, qui je vous le rappelle militent contre les initiatives de limitation de la surpopulation en Suisse déposées par la Droite, se plaignent de cette densification car ils sont personnellement touchés. Désolé pour vous, mais il fallait réfléchir à cela plus tôt!

Briechle Dennis, GLP: Ich verstehe etwas nicht bei diesem Tauschgeschäft. Einerseits geht es um die Anpassung und Verlängerung des Kaufrechts mit der Vitali's Generation AG und der Casa e Vita AG. Andererseits soll ein Grundstück an die Bielersee Immobilien AG verkauft werden. Mir ist bewusst, dass diese Firmen irgendwie zusammenhängen, es sind jedoch alles Einzelfirmen. Wenn sie nun intern ihre Werte umschichten wollen, ist das ihnen überlassen. Ich sehe aber nicht ein, wieso die Stadt Biel einen Teil dieser Aufgabe übernehmen soll.

Rüber Stefan, Grüne: Die Fraktion Grüne möchte nicht, dass die Stadt Biel eine unzuverlässige Vertragspartnerin ist. Wir haben deshalb nachgefragt, ob nicht die Möglichkeit besteht, ein Gelände herzugeben, auf welchem bereits Gebäude mit Sanierungsbedarf stehen. Offensichtlich möchte dies der Vertragspartner nicht. Hier stellt sich die Frage, ob die Stadt der anderen Partei in allen Punkten entgegenkommen muss, um eine gute Vertragspartnerin zu sein. Beim Grundstück am Passerellenweg geht es nicht nur ums Gärtnern. Es ist ein sozialer Treffpunkt und ein solcher ist in allen Quartieren wichtig.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je remercie tout d'abord la porte-parole de la Commission de gestion pour sa présentation complète et détaillée. Merci aussi pour ce débat très fourni qui ne surprend personne, vu les enjeux multiples liés à cette affaire. Effectivement, l'écologie a été évoquée, les utilisations provisoires, les jardins urbains, la vie, le bien-être des quartiers et de la population, la rencontre en plein air, notamment durant la pandémie et surtout pour les quartiers de Madretsch, Boujean et Mâche. Que fait le Conseil municipal? A-t-il perdu le Nord dans cette affaire? Comment fait-il pour bafouer ces principes qui lui sont chers, qu'il a portés et qui ont fait le succès de cette Ville depuis tant d'années? C'est ce que nous entendons depuis quelques jours, et cette grande émotion mérite quelques réponses. Lorsqu'une pétition est lancée pour le maintien d'un parc où fleurissent diversité, échanges culturels et sociaux et que la Ville souhaite céder à un investisseur - personnellement, je la signe en m'offusquant contre

les autorités qui prônent le dialogue et font tout à fait le contraire dans le dos des gens. Toutefois, je ne sais pas ce que j'ai signé et je peux affirmer que sur les 1'200 signatures de cette pétition, beaucoup ne savent pas ce qu'ils ont signé. En effet, cette pétition ainsi formulée ne peut qu'être soutenue et la réalité est quelque peu différente. Le parc en question est un terrain à bâtir dans une zone de construction destinée à des habitations. Le fait que l'herbe y pousse n'en fait définitivement pas un parc public. Il en va de même pour les terrains de sport, les terrains dans les anciens Marais de Boujean ou encore d'autres parcelles cédées à des paysans qui les entretiennent le temps qu'un projet y voit le jour. C'est un fait que les signataires de la pétition «Arbre à palabre» ne sachent pas ce qu'ils ont signé, mais que les personnes à l'origine de la pétition ne le sachent pas en est un autre. Nous faisons tous de la politique et nous savons à quel point la communication est importante, mais il y a une responsabilité et une honnêteté à avoir dans chaque action.

«*La fin justifie les moyens*» disait Machiavel, et obtenir un parc pour le bien-être de la population est légitime. C'est pourquoi il serait aussi légitime d'accuser le Conseil municipal d'agir sans réfléchir ou connaître les besoins de la population. La politique, la démocratie, a également ses règles. La violence, le non-respect des accords et des cadres légaux, n'est pas une manière de politiser, en tout cas pas à Bienne. La Ville de Bienne favorise la proximité avec sa population. Il est aussi possible de parler avec les autorités qui encouragent des projets émanant de la population. C'est dans cet esprit que j'ai signé l'autorisation, en 2013, pour la création du jardin communautaire «L'arbre à palabres», et les conflits y sont rares pour ne pas dire inexistantes. Pourquoi cette affaire soulève-t-elle tant de questions et d'émotions? Les pétitionnaires pourront assumer leur motivation plus tard, mais c'est leur choix. Je ne nie pas qu'un projet peut trouver un ancrage qui n'était pas envisagé lors de son lancement. Dans le cas concret, l'utilisation du terrain par l'association «Arbre à palabres» a trouvé ses racines sur cette parcelle. Chaque année, l'association a reconduit son utilisation, et jamais elle n'a «palabré» avec les autorités. En 2020, lorsque le Conseil municipal a informé l'association que 2021 serait la dernière année d'utilisation du terrain, elle a remercié les autorités et demandé à la Ville de lui trouver une autre parcelle. En 2012, une pétition avec 531 signatures avait été déposée pour demander à la Ville une parcelle pour la création d'un jardin communautaire. Six terrains avaient été envisagés dont celui de la parcelle qui leur avait été accordée. Les critères étaient et sont encore aujourd'hui: un endroit ensoleillé et accessible, avec une bonne terre. «*La fin ne justifie pas les moyens*»: le respect des accords doit être assuré. Les cadres légaux doivent être reconnus, car la Ville est un partenaire fiable et doit le rester. Elle agit dans le cadre de ses compétences avec les conditions dont elle dispose: gérer le patrimoine financier, les biens-fonds et aussi par la même occasion accorder des utilisations provisoires sur certains terrains.

Si le terrain est un jardin public, comme le prétend la pétition, une attribution à une association serait problématique, car il serait très certainement impossible de séparer les jardins par une haie. Si le terrain devient public, il devra être ouvert à tout le monde et le statut d'«Arbre à palabres» devra bien entendu être clarifié. «*La fin ne justifie pas les moyens*»: le respect des lois et de la situation est de mise. La Ville a besoin de connaître le cadre de compétences dans lesquelles nous nous trouvons. Le Conseil de ville peut bien sûr refuser cet échange qui lui est soumis aujourd'hui, mais il ne peut pas reprocher au Conseil municipal d'avoir proposé cette parcelle en échange des deux

parcelles situées à la route de Büren et au chemin du Geyisried. Il s'agit de bases données en tenant compte des zones et des plans de quartiers des diverses législations en vigueur. L'argument du changement climatique évoqué aujourd'hui pour justifier le dézonage du chemin de la Passerelle est relativement incongru. À quel moment, lors du débat sur le règlement du climat, la question du dézonage a-t-elle été thématisée? Au contraire de ce que les pétitionnaires prétendent, la constructibilité du terrain mentionné s'inscrit dans la logique de densification vers l'intérieur. L'objectif global est de fournir suffisamment d'espaces de logements et de travail à la population, tout en évitant le mitage du territoire qui serait néfaste pour le paysage, la nature et la biodiversité et qui engendrerait aussi une augmentation massive des besoins en déplacements très énergivores.

En tant qu'Autorité, nous devons savoir sur quelles bases nous négocions. Il ne faut pas seulement considérer cet investisseur, car la Ville est également partenaire de la Confédération, du Canton et des citoyens. À l'avenir, nous ne serons plus considérés comme des partenaires fiables si nous agissons au coup par coup lorsqu'un projet vient à voir le jour. Si des terrains en zone constructible destinés à des habitations devaient, sans aucune forme de demande préalable, devenir des terrains publics et un parc public dans la tête et le cœur de la population, ce ne serait pas une bonne chose pour l'image de la Ville de Bienne. De plus, nous devons connaître les conséquences d'un dézonage pour la population et finalement soumettre ce projet en votation. *«La fin ne justifie pas les moyens»* et les règles en vigueur doivent être appliquées. Les personnes qui ne suivront pas la proposition du Conseil municipal bloqueront une situation, mais n'auront pas de solution à proposer. L'avenir de la route de Büren restera incertain tout comme celui du terrain actuellement occupé par des parkings. L'avenir d'«Arbre à palabres» restera incertain dans l'hypothèse de la réalisation d'un parc public, tout comme l'avenir du terrain du Geyisried où l'implantation d'une coopérative d'habitation pourrait faire sens sur les 900 m² de terrain qui reviendraient à la Ville. La future marge de manoeuvre de la Ville pour son développement et son image deviendra tout autant incertaine. *«La fin justifie les moyens»* si la fin est légitime, écrivait Machiavel. Vu les implications du refus de cette affaire, la fin n'est pas légitime!

Madame Gurtner-Oesch, vous avez demandé pourquoi les nominations n'ont pas été précisées. Vous auriez pu m'adresser cette demande avant la séance de ce soir et j'aurais pu vous renseigner directement, mais maintenant je ne peux pas vous le dire de tête. Monsieur Rüber, ce qui a changé depuis 2015 et qui a mené au réexamen de la constructibilité de la parcelle à la route de Büren, ce sont les nouvelles prescriptions en matière de cours d'eau qui doivent être prises en compte. Une étude portant à la fois sur les aménagements extérieurs publics et sur la volumétrie constructible a été conduite sur la base des besoins et des exigences des instances cantonales concernant l'aménagement des rives, mais aussi des besoins de la finalisation des aménagements publics sur la parcelle Renfer et de la rampe d'accès à l'eau située au sud de cette parcelle et du contexte urbain. Ces travaux ont pris fin en 2017-2018. Il en est ressorti que la constructibilité de la parcelle devait être remise en question à moyen terme. Il a aussi été demandé s'il n'y avait pas d'autres parcelles. La réponse est oui, bien évidemment, mais pas autant que cela. Les parcelles de la Gurzelen sont réservées pour les coopératives, et je ne pense pas que c'est de l'avis de ce Parlement de remettre en cause toutes les décisions et visions stratégiques de la Ville.

Monsieur Koller, les profils sont déposés lorsque la demande de permis de construire est publiée. Dans ce cas précis, l'investisseur est allé trop vite, ce qui est inacceptable. Au moment où Monsieur Rüber a porté ce fait à ma connaissance, j'ai immédiatement demandé le retrait de ces éléments. C'est ainsi que je comprends la collaboration entre le Parlement et les Conseillers municipaux. Pourquoi l'investisseur ne veut pas vendre, mais demande des échanges, Monsieur Wiederkehr? La réponse est simple, car tout le monde, autant le Canton que la Ville, souhaite garder ses biens. Étant donné que les taux d'intérêts sont négatifs, il faut garder les acquis et pouvoir construire. De ce fait, le marché de l'immobilier est bloqué pour tout le monde. Monsieur Wächter, je peux vous assurer que je connais du monde dans ce quartier, et ils ne votent pas tous à gauche. Pour toutes ces informations et raisons invoquées, je vous remercie de suivre la proposition du Conseil municipal.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich ergreife das Wort, um auf die Frage von Herrn Bohnenblust zu antworten, werde mich aber auch zur Bürenstrasse äussern. Herr Bohnenblust, warum ist die Überbauungsordnung Geyisried noch nicht fertig? In einer ersten Phase war es schlicht eine Frage der Ressourcen. Der Stadtplanung stehen keine unbeschränkte Anzahl ProjektleiterInnen zur Verfügung. Andere Projekte mussten vorgezogen werden. Jetzt geht es um die Präzisierung, denn die Überbauungsordnung ist schlussendlich eine Verfeinerung der baurechtlichen Grundordnung. In Bezug auf die Bürenstrasse hat die Finanzdirektorin bereits erklärt, dass sich 2015 die bekannten Restriktionen weiter verschärft haben. Bauen am Wasser wird immer schwieriger. Wenn die Ideen des Kantons vollständig übernommen würden, müsste entlang des Schüsskanals zwischen Hauser-Wehr und See auf beiden Seiten 30 Meter Überschwemmungsland ohne Bauten zur Verfügung stehen. Früher wurde mit Hochwasser ganz anders umgegangen als heute. Bei der Parzelle an der Bürenstrasse kommt hinzu, dass nicht nur der Hauptkanal der Schüss durchfliesst, sondern auch ein Seitenarm. Damit ergibt sich für diese Parzelle ein anderer Gewässerabstand. Auf der Seite der Bürenstrasse ist der Uferweg heute nicht zugänglich. Dies könnte nur über die betreffende Parzelle ermöglicht werden.

Frau Tennenbaum hat wunderbar auf die andere Seite der Schüss verwiesen. Ein Baugesuch ist bereits publiziert. Die Scheune dort wird voraussichtlich abgerissen, die Parzelle ist überbaubar. Sie gehört aber nicht der Stadt Biel, sondern ist in privaten Händen. Mich stört an der ganzen Diskussion, dass gefragt wird, welches Quartier dringender Grünfläche und Freiraum benötigt - Bözingen, Mett oder Madretsch? Es handelt sich aber nicht um einen Wettkampf. In einer Gesamtgüterabwägung kann sich manchmal die Beurteilung einer Parzelle ändern. Noch ein Wort zur Parzelle an der Bürenstrasse: Ich kenne diese bestens, da ich in unmittelbarer Nähe wohne. Die Quartierbewohnenden sind nicht alle für eine Aufwertung durch einen öffentlichen Freiraum und eine Verbindung zur Taubenlochschlucht. Ein öffentlicher Freiraum könnte nachts zu Lärmbelästigung führen. In Verbindung mit der alten «Öli» als Aufenthaltsraum am Wasser wäre die Schaffung eines öffentlichen Freiraums dort aber durchaus sinnvoll. Ausserdem würde damit eine Verbindung des Uferwegs in Richtung Stadt und der Taubenlochschlucht erschlossen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 09.12.2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a und c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Das Geschäft mit 29 Nein-Stimmen, 21 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen abzulehnen.

42. 20200380 Kauf des Wohn- und Geschäftshauses an der Solothurnstrasse 18, Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 681 / Verpflichtungskredit

Tanner Anna, GPK: Beim vorliegenden Verpflichtungskredit geht es um den Erwerb eines Grundstücks mit Liegenschaft an der Solothurnstrasse, im Hinblick auf künftig benötigten zusätzlichen Schulraum in Bözingen. In der Liegenschaft wohnen Menschen, die regelmässige Mieteinnahmen generieren. Wird der Schulraum nicht sofort benötigt, kommen die Mieteinnahmen der Stadt zugute. Für die GPK ist der vorliegende Bericht des Gemeinderats verständlich und nachvollziehbar. Er enthält die wichtigen Informationen zur Immobilienbewertung, zur aktuellen Mieterschaft, den Mietzinseinnahmen und der an der Liegenschaft vorgenommenen Schadstoffuntersuchung. Die GPK hat der zuständigen Direktion Fragen zur Kostenbeteiligung für die Schadstoffuntersuchung gestellt, da diese nicht im Vertrag festgehalten wurde. Ist es üblich, dass diese Kosten je hälftig aufgeteilt werden? In ihrer Antwort präzisiert die Finanzdirektion, dass der Kaufpreis aufgrund der Schadstoffanalyse bereits reduziert und die dafür anfallenden Kosten grosszügig geschätzt wurden. Zudem lagen gemäss Finanzdirektion höhere Angebote von Dritten vor. Die bisherige Eigentümerin hat sich dennoch entschieden, das Haus an die Stadt Biel zu verkaufen. Die Mietverträge mit der aktuellen Mieterschaft sollen, wie von der bisherigen Eigentümerin gewünscht, frühestens in zwei Jahren gekündigt werden. Solange die Stadt die Liegenschaft nicht selber für zusätzlichen Schulraum benötigt, werden die bestehenden Mietverhältnisse weitergeführt. Im Bericht des Gemeinderats wurde zudem eine angrenzende Parzelle eingefärbt, weil auch sie von Interesse für die Stadt sein könnte. Damit kann fälschlicherweise der Eindruck erweckt werden, dass diese Parzelle Gegenstand des heute vorliegenden Verpflichtungskredits ist. Die Finanzdirektorin hat dies aber zwischenzeitlich in einem Schreiben an die betroffene Eigentümerschaft richtiggestellt. Die GPK bedankt sich dafür und empfiehlt die Zustimmung zum vorliegenden Verpflichtungskredit.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Die Stadt hat ihre Arbeit gemacht und ein Gebäude gleich neben der Parzelle des Schulhauses kaufen können. Übrigens wohnten meine Familie und ich eine Zeitlang in diesem Gebäude. Leider erfuhr die Eigentümerschaft der angrenzenden Parzelle erst aus der Presse, dass ihr Grundstück von strategischem Interesse für die Stadtverwaltung ist. Die Finanzdirektorin hat, wie bereits von der GPK-Sprecherin erwähnt, den Sachverhalt nachträglich richtiggestellt. Die direkt angrenzende Eigentümerschaft sollte aber auf jeden Fall vorab über die strategischen Optionen der Stadt informiert werden. Denn sie würde schliesslich bei einer allfälligen Nutzung durch die Stadt mitten in einem Schulhausareal wohnen. Das Vorgehen des Gemeinderats ist schwer nachzuvollziehen. Die Fraktion Einfach libres!

wird das vorliegende Geschäft trotzdem unterstützen. In Zukunft werden wir aber in dieser Frage die Kommunikationspolitik der Stadtverwaltung genau mitverfolgen.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Es braucht weiterhin zusätzlichen Schulraum in Biel. Nun bietet der Kauf einer Liegenschaft neben dem Schulhaus Bözingen eine gute Gelegenheit, sich Erweiterungsmöglichkeiten offen zu halten. Aber es gibt einen «Tolggen im Reinheft»: Wie bereits von meinem Vorredner angesprochen, wird das Grundstück neben dem Kaufobjekt im Bericht des Gemeinderats wie folgt erwähnt: *«Das Grundstück, welches in Orange markiert ist, befindet sich ebenfalls im Privateigentum. Ein Erwerb dieses Grundstückes würde sich für eine zukünftige Erweiterung des Schulareals Bözingen ebenfalls anbieten, dieser Erwerb ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Berichtes.»* Weshalb wurde dieser Satz im Bericht erwähnt, ohne die Eigentümerschaft vorab zu kontaktieren? Immerhin würde das betreffende Grundstück auf drei Seiten vom Schulhausareal umgeben sein. Die Eigentümerschaft hätte vorgängig angefragt werden können, ob sie bereit wäre, mittelfristig ihr Grundstück zu verkaufen. Weiter führt der Bericht des Gemeinderats aus, dass die Erweiterung des Schulraums in Bözingen ausschliesslich westseitig möglich sei. Im Baureglement der Stadt Biel (SGR 7.2.1-1) wird im Anhang 1 zu Art. 30, Zonen mit Planungspflicht (ZPP), Punkt 5.5 Sägefild-Nord, auf eine mögliche Ergänzung der Schulanlage Bözingen an der Jakobsstrasse hingewiesen. Ist die Aussage also falsch, dass eine Erweiterung ausschliesslich in Richtung Westen möglich sei? Kann die Finanzdirektorin diese Frage schlüssig beantworten? Entspricht das Vorgehen im vorliegenden Geschäft der Informationspolitik der Stadtverwaltung und wo ist der Fehler passiert?

In Bözingen wird nicht sofort zusätzlicher Schulraum benötigt. Es ist sinnvoll, eine Reserve vorzusehen, aber diese besteht bereits. Die Fraktion SP/JUSO findet es ebenfalls sinnvoll, dass die Stadt Liegenschaften kauft und bewirtschaftet. Aus dieser Sicht ist auch der Kauf des Wohnhauses an der Solothurnstrasse 18 sinnvoll. Die Mietzinse der Wohnungen und Geschäftsräume sind moderat, bieten aber der Stadt Biel eine Einnahmemöglichkeit. Die jährlichen Mietzinseinnahmen betragen nach Abzug der Heiz- und Nebenkosten rund CHF 98'000. Wird je 1% des Kaufpreises für Unterhalt und Hypothek abgezogen, bleiben jährlich ungefähr CH 72'000 Gewinn übrig. Für das Bieler Budget sind diese Einnahmen zwar ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein, aber dennoch ein gutes Beispiel dafür, wie das Budget durch Einnahmen aus eigenen Immobilien aufgebessert werden kann. Die Fraktion SP/JUSO wird trotz der Falschaussage im Bericht des Gemeinderats dem Geschäft zustimmen. Wir erwarten aber, dass unsere Fragen noch beantwortet werden.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés remercie le Conseil municipal pour son rapport et salue la vision à moyen terme de la Direction des finances en ce qui concerne l'acquisition de biens immobiliers. Cette acquisition permet l'augmentation du patrimoine immobilier de la Ville et surtout un futur éventuel développement des locaux scolaires. La problématique des locaux scolaires nous a occupés à maintes reprises durant la dernière législation, et nous occupera certainement encore à l'avenir. En achetant cet immeuble commercial et d'habitation, la Ville de Bienne se donne la chance de garder une unique porte ouverte pour le développement du concept scolaire de Boujean. Je vous rappelle le dossier de l'entreprise Victorinox où, après de longs débats, le Conseil de ville a critiqué le Conseil

municipal sur le fait qu'il n'y avait pas de vision à moyen terme et que l'affaire avait été présentée trop tard, sans possibilité de réflexion. Saluons donc, cette fois-ci, cette planification à moyen terme et cette vision qui permettra un développement. L'immeuble sis à la route de Soleure 18 est quasiment entièrement loué, ce qui garantit un rendement à moyen terme. Pour toutes ces raisons, notre groupe suivra la proposition du Conseil municipal.

Torriani Isabelle, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR est absolument d'accord avec ce qui vient d'être dit. Il y a quelques mois, nous remarquons qu'il était souhaitable et nécessaire d'anticiper le besoin de bâtiments scolaires et de planifier l'achat de locaux à long terme. L'affaire qui nous est proposée va tout à fait dans ce sens. La Ville a l'opportunité d'acquérir un bien idéal pour l'extension du site scolaire existant, ce qui n'est pas nécessaire dans l'immédiat, mais le sera dans quelques années. Convaincu par ce projet, le Groupe PSR soutient l'octroi de ce crédit d'engagement.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Auf unsere Nachfrage hin informierte uns die zuständige Direktion, dass die möglichen Investitionsrisiken des Gebäudes als gering einzustufen sind; wir hoffen, dass dem auch so sein wird.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vous remercie pour la bonne acceptation de cette affaire. La propriétaire de cet immeuble, Madame Moser, a effectivement pris contact avec la Ville pour lui proposer d'acquérir son bien. Étant donné l'emplacement de ce terrain qui jouxte la parcelle de l'école, le prix d'achat et la possibilité de continuer de louer en l'état cette maison, et déduction faite des risques d'amiante, le Conseil municipal a décidé de procéder à l'achat de cet objet stratégiquement extrêmement important pour la Ville de Bienne et ses locaux scolaires. Concernant la parcelle marquée en orange sur le plan, à la page 2 du rapport, je ne sais pas ce que j'ai fait de mal en écrivant à son propriétaire, Monsieur Heiniger. Mon objectif n'était pas de blesser, mais de rassurer en indiquant qu'aucune modification n'était prévue dans l'immédiat. Il suffit de voir le plan pour voir où cette parcelle est située. Je me suis excusée pour ce faux pas; il faut savoir reconnaître ses erreurs et je ne peux pas faire plus.

Monsieur Steinmann, vous citez des éléments de 2006 qui sont corrects en ce qui concerne la zone. En revanche, la surface de la rue Jakob est planifiée pour le développement de l'école secondaire et non pas de l'école primaire. Bien entendu que les propriétaires des parcelles concernées seront intégrés dans le processus de planification, notamment au sujet des accès. Toutefois et comme je l'ai déjà dit, rien n'est prévu pour le moment. C'est une acquisition de parcelle à des fins de réserve. Un appel à vous, Monsieur Steinmann : au lieu de creuser des tranchées entre vous et le Conseil municipal, vous pouvez aussi nous poser ces questions directement, car nous sommes là pour vous répondre. La connaissance doit primer sur les attaques, c'est ce que j'espère pour les débats futurs dans ce Parlement. La parcelle n° 681 est stratégiquement importante pour la Ville, vous l'avez reconnu, et son prix est correct. Le Conseil municipal vous remercie de soutenir cette affaire.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 09.12.2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für den Kauf des Grundstückes Biel-Grundbuchblatt Nr. 681 mit dem Wohn- und Geschäftshaus an der Solothurnstrasse 18 gemäss Kaufvertrag vom 06.08.2020 (Urschrift Nr. 11'925 von Notar Daniel Graf), sowie für die Kosten für Notar und Immobilienbewertung und Gebäudeschadstoffuntersuchung wird der Verpflichtungskredit Nr. 22000.0210 in der Höhe von CHF 1'270'000.- genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt und ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

43. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20210046, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Liehti Kathleen, EVP, «Coronabedingte Armut vermeiden durch gute Kommunikation»

Tanner Anna, SP: In der aktuellen Coronakrise fürchten sich viele Menschen, die jetzt ihre Arbeit verlieren, davor, Sozialhilfe beziehen zu müssen. Die Mitunterzeichnenden und ich finden es wichtig, hier Klarheit zu schaffen. Damit würde das Leben der Betroffenen und die Arbeit der Fachstellen erleichtert.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

44. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20210045, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Roth Myriam, Grüne, «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»

Tanner Anna, SP: Auch dieses Thema drängt. Fachstellen, AnwältInnen, aber auch unzählige Betroffene beklagen lange Verzögerungen bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste. Die demokratischen JuristInnen Bern und der Dachverband der sozialen Institutionen der Stadt Biel und der Region haben einen Brief dazu verfasst. Schnelles Handeln ist wichtig, deshalb die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

45. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20210047, de Maddalena Daniela, Grüne, «Korrektur Linienführung Bus im Geyisried, Quartier Mett»

de Maddalena Daniela, Grüne: Das vorliegende Postulat fordert eine bessere Lösung für die Linienführung der Busse im Mettquartier. Die Quartierbewohnenden sind mit den Änderungen der Linienführung äusserst unzufrieden, weil diese längere Wege bis zur nächsten Haltestelle und eine längere Fahrt zum Bahnhof zur Folge haben. Betroffen sind insbesondere die Anwohnenden im Geyisried und entlang der Gottstattstrasse. Die Linie 7 wurde aufgehoben und damit auch die Haltestellen Passerelle, Goldgrubenweg, Reimannstrasse und Fröhliisberg. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

46. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210049, Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Umfrage bei Bieler KMU. Warum wird sie vom Gemeinderat nicht ernst genommen?»

Francescutto Luca, UDC: Suite au sondage des PME biennoises paru dans le Journal du Jura, je demande des clarifications urgentes de la part du Conseil municipal concernant les propos que le Maire a tenu dans ce même journal.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr - 20.30 Uhr

47. 20200389 Ersatz des ICT-Storage-Systems / Verpflichtungskredite

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Es liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres! vor. Dana Augsburg-Brom wird diesen begründen.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! hat über das vorliegende Geschäft lange diskutiert und einstimmig beschlossen, dessen Rückweisung zu beantragen, da einige der strategischen Punkte aus ihrer Sicht anders gelöst werden müssten. Wir mussten den Rückweisungsantrag unter grossem Zeitdruck verfassen und nun, da er vorliegt, ist uns klargeworden, dass die nötigen Änderungen noch grundsätzlicherer Natur sind. Allenfalls wäre eine verwaltungsinterne Lösung mit zusätzlichem Personal einer Auslagerung vorzuziehen. Die Fraktion Einfach libres! hat sich deshalb dazu entschieden, ihren Rückweisungsantrag nicht zu stellen und stattdessen einen Vorstoss mit unseren strategischen Überlegungen einzureichen. Der ICT-Storage muss ersetzt und dieser Ersatz muss geplant werden. Es wird mehr Zeit für die Klärung der strategischen Fragen benötigt.

Zumstein Joël, GPK: Im vorliegenden Bericht beantragt der Gemeinderat einen Verpflichtungskredit von rund CHF 425'000 für den Ersatz der bestehenden ICT Storage-Komponenten. Die bestehende Infrastruktur von 2014 hat ihren «End-of-Life cycle» erreicht und der aktuelle Wartungsvertrag kann nur bis Ende 2022 verlängert werden. Der Verpflichtungskredit ist unterteilt in Investitionskosten von CHF 310'000 und zusätzliche Lizenz- und Wartungskosten über fünf Jahre von insgesamt rund CHF 115'700. Nach Ansicht der GPK fällt der vorliegende Bericht mager aus. Aus den ungenügend erläuterten Informationen ergaben sich zahlreiche Fragen. Insbesondere die Erklärungen zum Beschaffungsprozess (Punkt 2, «Geprüfte Varianten») enthalten keine Informationen zu den geprüften Varianten. Es fehlen Angaben zu anderen Lösungen wie beispielsweise einer Cloudlösung oder eine Einmietung beim Bund, Kanton oder bei umliegenden Gemeinden. Solche Varianten wären aus Sicht der GPK prüfenswert. Der Gemeinderat nimmt dazu Stellung und erklärt, dass diese Varianten nicht geprüft wurden, weil die Informationssicherheits- und Datenschutzvorgaben eine externe Datenspeicherung und -bewirtschaftung verbieten. Die Daten müssten in städtischen Rechenzentren aufbewahrt werden. Zur Frage der Einmietung bei Bund oder Kanton antwortet der Gemeinderat, dass Offerten für die Nutzung von bestehenden Rechenzentren eingeholt wurden.

Nun zu Punkt 3 «Organisation» und Punkt 4 «Konsequenzen für das Personal und die Organisation der Verwaltung» des Berichts des Gemeinderats: Die Migration der neuen Hardware ist für das erste und zweite Quartal 2021 geplant. Gleichzeitig führt der Gemeinderat im nächsten Abschnitt aus, dass keine Auswirkungen auf das Personal und die Organisation der Verwaltung zu erwarten sind. Angesichts dieser doch einschneidenden Änderung sieht die GPK diese Aussage kritischer. Im Punkt 5 «Kosten und Folgekosten» steht, dass unter anderem Dienstleistungskosten und Kosten für die Beratung und Implementierung anfallen. Für die GPK stellt sich die Frage, wieso diese Kosten im Bericht unter den Investitionskosten aufgeführt sind. Der Gemeinderat führt dazu aus, dass sie einen Zusammenhang mit der Investition haben und als Investitionskosten über 5 Jahre abgeschrieben werden können. In Punkt 6 «Konsequenzen bei Nichtumsetzung oder verspäteter Umsetzung» schreibt der Gemeinderat zurecht, dass Risiken im Bezug auf einen Ausfall der Speichermedien und Datenverlust bestehen.

Die Rückweisung des vorliegenden Berichts erachtet die GPK dennoch nicht als zielführend, da aufgrund bedeutender Risiken eine gewisse Dringlichkeit vorliegt. Nach eingehender Diskussion und Klärung der offenen Fragen kam die GPK zum Schluss, dem Stadtrat das vorliegende Geschäft zur Annahme zu empfehlen. Den Bericht des Gemeinderats erachtet die GPK aber als ungenügend und die Kommunikation der Verwaltung als eher passiv.

Schaffter Gaël, au nom du Groupe PVL+: La solution proposée par le Conseil municipal apparaît au Groupe PVL+ comme relativement bon marché. D'une apparence logique, même si la communication n'était pas parfaite, elle n'en demeure pas moins rétrograde et passéiste. En effet, l'existence de deux centres de données se répliquant partiellement l'un et l'autre et dont les supports de stockage et licences doivent être maintenant renouvelés semble émaner de raisons plus historiques que pragmatiques. Beaucoup de questions sont restées en suspens. La Commission de gestion (CDG) a pu obtenir des réponses et on attend avec impatience les réponses

complémentaires de la direction compétente. En évoquant principalement la garantie de la disponibilité et la localisation dans des centres qui appartiennent à la Ville, on constate que ces arguments ne figurent absolument pas dans l'appel d'offres qui a été lancé. Ces arguments ne sauront donc avoir, à aucun moment, une influence sur notre décision. On peut aussi constater que l'appel d'offres a été modifié deux fois car il a été passé au mois de mai et non au mois de juin. Tout cela nous démontre que ces démarches ont été faites dans la précipitation, et la Ville ne donne pas l'impression d'avoir maîtrisé le sujet. On parle d'urgence et j'ai entendu Monsieur Zumstein évoquer la problématique d'un deuxième appel d'offre. La Ville a toujours la possibilité, en application du droit des marchés publics, de passer un marché de gré à gré pour une durée très courte et déterminée. Ceci afin d'assurer l'essentiel et de se laisser le temps de repasser un marché complet, cohérent et avec une réelle refonte de la stratégie et de la structure des données. En Suisse, nous avons passablement d'hébergeurs modernes et écologiques qui fournissent des services de qualité. C'est pour ces raisons que le Groupe PVL+ attend avec impatience les réponses et les justifications que le Conseil municipal voudra bien apporter dans cette affaire.

Steidle Silvia, directrice des finances: De quoi s'agit-il exactement dans cette affaire? Le Conseil municipal vous demande d'accorder un crédit pour remplacer des composants de stockage actuellement en fin de vie. Je remercie le Groupe Einfach libres! d'avoir retiré sa demande de renvoi, car les demandes d'informations y évoquées ne sont pas liées directement à cette affaire. Monsieur Schaffter, il n'y aurait pas de sens, par analogie, de bloquer le remplacement de radiateurs dans une école parce qu'on ne connaît pas encore la stratégie en matière de locaux scolaires. Aujourd'hui, c'est exactement le cas de figure que nous traitons. Nous ne parlons pas de la stratégie du stockage des données, mais de composants qui sont en fin de vie. Toutefois, beaucoup de questions ont été posées sur l'ensemble de la stratégie et sa conformité. Je suis désolée si l'affaire vous paraît un peu maigre et je vous donne volontiers quelques explications complémentaires. Ce projet de remplacement du stockage, bien que cela ne soit pas spécifiquement mentionné dans ce rapport, est conforme à la stratégie informatique actuellement en vigueur. Le stockage et le traitement des données ont lieu sur nos propres supports de stockage et il n'y a aucune dépendance vis-à-vis de fournisseurs tiers. Le bon fonctionnement des systèmes repose sur les infrastructures TIC stables et sécurisées. Nos supports de données de stockage datent de 2014 et doivent être remplacés tant du point de vue du risque accru de défaillance que d'un point de vue économique.

L'état général de nos centres de données est une des grandes questions posées dans ces demandes d'informations supplémentaires. Dans le centre de données n° 1, qui se trouve à la rue du Rüschi, il n'y a aucune action nécessaire dans l'immédiat. Les infrastructures de base sont sûres (en termes d'espace, d'électricité, d'équipement de refroidissement, d'équipement de protection contre incendie, etc.). Dans le centre de données n° 2, qui est situé en haut de la Tour du Palais des Congrès, la situation est bien moins bonne. Le lieu n'est pas approprié, et nous avons déjà mené une réflexion sur la nécessité de faire des rénovations, tout en sachant qu'il faut réfléchir à un déménagement. En effet, selon les recommandations, il faudrait avoir une distance de 10km entre les deux centres. Comme je l'ai dit, tout cela est actuellement en cours de planification; au moment du remplacement de ce stockage, nous n'avons pas encore fait toutes les réflexions. Il ne s'agit pas uniquement de trouver le lieu physique,

Monsieur Zumstein, mais également de clarifier la future architecture du centre de données, ce qui va prendre également un certain temps. Il n'est de ce fait pas possible de présenter les deux affaires en même temps, mais il est tout à fait clair que le Parlement aura à se prononcer sur la deuxième partie de ce dossier.

Concernant la remarque sur le point 2 «Variantes examinées», je suis désolée que le titre est un peu mal choisi et conduit à un malentendu. Il ne s'agit évidemment pas de variantes sur le cycle de vie des composantes qui ne peut être influencé par aucune variante. Un appel d'offres a été fait et les coûts de conseils sont engendrés par l'accompagnement de la publication de cet appel d'offres. En revanche, il y aura des variantes à examiner en ce qui concerne le centre de données et son architecture. Aujourd'hui, je prends connaissance du grand intérêt qui est exprimé par rapport à ce domaine. J'aurai également l'occasion de rencontrer prochainement la Commission de gestion (CDG) afin de présenter Madame Mourgue d'Algue, qui est la nouvelle responsable du Département informatique et logistique, mais aussi de répondre à toutes les questions de la CDG. Je vous remercie d'accepter la proposition du Conseil municipal.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 09.12.2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Beschaffung neuer ICT Storage-Komponenten wird ein Gesamtkredit in der Höhe von CHF 425'887.- genehmigt.
 - a. Ein Verpflichtungskredit in der Investitionsrechnung 28010.0899 in der Höhe von CHF 310'157.- für die neuen ICT Storage-Komponenten
 - b. Für die Jahre 2021 – 2025 ein Verpflichtungskredit in der Erfolgsrechnung Konto 311800000.28010 in der Höhe von CHF 115'730.- für die Lizenz-und Wartungskosten.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung der Mehrwertsteuer gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt und ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

48. 20200331 Projekt FokusArbeit-«WerkAteliers» / Verpflichtungskredit / Projekt mit Pilotcharakter in der Sozialhilfe: Sozialhilfebeziehende werden zu «Akteuren in eigener Sache»

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: C'est avec joie que la Commission de gestion (CDG) a traité un dossier de la Direction de l'action sociale et de la sécurité. C'est un dossier important, car nous savons toutes et tous que la Ville

de Bienne a, en comparaison nationale, un taux très élevé de bénéficiaires de l'aide sociale. Elle profitera donc des fonds qui sont mis disposition par la Fondation gérée à des fins sociales (RDCo 860.91) et par la Fondation gérée «Aide aux personnes au chômage» (RDCo 836.91). Ces fonds vont pouvoir être utilisés pour un projet pilote qui est prévu pour une durée de trois ans. Dans un premier temps, six mois sont prévus pour la préparation du projet détaillé, puis deux ans de mise en oeuvre et enfin six mois d'évaluation. Comme l'indique le titre du rapport en français, le but est que les bénéficiaires de l'aide sociale deviennent des «acteurs qui prennent leur destin en main». C'est tout à fait louable d'un point de vue humain, mais c'est aussi intéressant d'un point de vue financier qu'il y ait moins de personnes dépendant de l'aide sociale. Même si le Canton verse les montants nécessaires, le fait d'avoir beaucoup de bénéficiaires de l'aide sociale représente aussi un coût pour la Ville. Le projet Focus Travail – «Ateliers d'évaluation de compétences» et «Antenne emploi» à un coût de 2.8 mio. fr. La CDG a demandé et reçu des précisions au sujet des deux fondations gérées dont les fonds seront utilisés pour le financement de ce projet. Ces fondations gérées par la Ville ont reçu ou reçoivent de l'argent, par exemple dans le cas de décès de personnes sans héritier ou héritière. Jusqu'à présent, cet argent n'a pas été utilisé, et c'est pour cette raison que le Conseil municipal propose d'utiliser ces fonds pour la mise sur pied de ce projet pilote. La CDG regrette cependant que le Canton n'y participe pas. Elle encourage fortement le Conseil municipal à continuer à négocier avec le Canton ainsi qu'à chercher des financements par des fondations privées (150'000 fr. au minimum), comme mentionné dans le projet d'arrêté. Je suis désolée de ne pas avoir posé la question avant, mais la CDG serait intéressée de savoir si cet argent a déjà été trouvé ou, dans le cas contraire auprès de qui la demande a été faite. La CDG regrette également, bien que cela soit inhérent à ce projet, que des objectifs quantifiables ne soient pas fixés dans ce rapport. Nous espérons vivement que la direction de projet s'assure d'en fixer afin de pouvoir voir si le projet est un succès ou non. De plus, la CDG et le Conseil de ville attendent un rapport avant de passer à une pérennisation qui dépendra d'un financement futur du Canton. La Ville de Bienne ne peut pas assumer seule des dépenses supplémentaires pour les bénéficiaires de l'aide sociale. La CDG vous encourage à accepter ce projet pilote qui semble présenter de bonnes possibilités pour notre Ville.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Nach fast einem Jahrzehnt verstörender Funkstille legt nun die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) ein gestaltendes Projekt vor. Es zielt auf die zentralen Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe. Die Fraktion FDP stimmt dem vorliegenden Verpflichtungskredit mit Freuden zu. Das Projekt ist zielgerichtet und wissenschaftlich fundiert. Ausserdem wird das Ergebnis evaluiert. Im Gegensatz zur GPK ist die Fraktion FDP der Meinung, dass eine Quantifizierung zum jetzigen Zeitpunkt unseriös wäre. Wie das Projekt in der Praxis funktioniert, ist im Moment offen. Wichtig ist aber, dass es aufgrund von empirisch begründeten Erfahrungen entwickelt wurde. Diese Erfahrungen zeigen Wirkungsmechanismen, die zum Erfolg des Projekts führen können. Darüber besteht jedoch keine Gewissheit. Deshalb ist nach der Versuchsphase Bilanz zu ziehen.

Die Finanzierung ist angemessen organisiert und die Kosten pro Fall halten sich in Grenzen. Wie die GPK-Sprecherin bereits erwähnte, ist die mangelnde Unterstützung des regierungsrätlichen Parteikollegen des Bieler SVP-Gemeinderates schon sehr erstaunlich. Mit einem Gemeinderat der FDP wäre dies nicht passiert. Wie kann es

sein, dass die Bieler Bevölkerung das allein bezahlen soll? Wie kann es sein, dass ein professionell aufgezoogenes und erfolversprechendes Projekt von der kantonalen Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) nicht unterstützt wird? Einerseits hat dies mit mangelndem Durchsetzungsvermögen zu tun, andererseits mit Geringschätzung für eine Stadt hinter dem Fienisberg. Der Gemeinderat muss sich für die Einforderung von Drittmitteln ins Zeug legen. Die Fraktion FDP bittet die GPK, dies genau zu verfolgen.

Konkret stellen sich folgende Fragen:

- Wer entscheidet, in welcher Reihenfolge die langjährigen Dossiers und die Neuanmeldungen behandelt werden?
- Wie wurde die Teilnehmerzahl geschätzt und was geschieht, wenn wesentlich mehr Neuanmeldungen vorliegen als geschätzt?
- Was geschieht nach der Auflösung der Spezialfinanzierung in drei Jahren?

Es wird am Stadtrat sein, zu entscheiden, ob dieses Projekt weitergeführt werden soll. Wird er rechtzeitig einen qualifizierten Antrag zur Weiterführung des Projekts erhalten, wenn es gut funktioniert? Es fällt auf, dass im Beschlussesentwurf Hoffnungen festgehalten werden. Ich zitiere: *«Davon sollen CHF 350'000 via Lastenausgleich (Praktikumsstellen) rückfinanziert werden sowie mindestens CHF 150'000 via Dritte (private Stiftungen).»* Das ist ungewöhnlich. Warum wurde nicht eine affirmativere Formulierung gewählt? Diese letzte Frage muss nicht heute beantwortet werden. Insgesamt ist die Fraktion FDP gespannt auf das Projekt und hofft auf einen grossen Erfolg.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR remercie le Conseil municipal pour ce bon dossier. L'intégration par le travail est très importante. Ce projet est intéressant et représente un pas dans la bonne direction. Il faut savoir que le marché du travail devient plus difficile. Avec un taux de chômage en augmentation, les chances de réinsertion vont diminuer. L'intégration professionnelle est également une concurrence pour toutes les personnes à placer par l'aide sociale, l'assurance-invalidité et l'assurance-chômage. Le projet est financé par les deux fondations, mais nous n'avons aucune garantie pour la suite. Le Canton devrait-il s'investir davantage? La direction cantonale concernée n'ayant pas la réputation d'être très active dans le social ni correcte avec les villes, il y aura probablement un transfert de charges du Canton à la Ville. Nous, tous et toutes, devons être conscients que cela représentera une économie pour le Canton, mais des charges pour la Ville. Les députés devront être plus attentifs et plus agressifs à ce niveau-là. Le Groupe PRR recommande de soutenir la proposition du Conseil municipal.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO findet das vorliegende Projekt spannend und dankt dem Vorsteher DSS für seinen Mut. Der Bericht ist sehr ausführlich. Aus Sicht der Fraktion SP/JUSO unterlässt er es aber, darauf hinzuweisen, dass grösstenteils die Bedingungen der Gesellschaft verantwortlich sind für die Arbeitslosigkeit und den Staat dadurch zwingen, Massnahmen zur Arbeitsintegration zu ergreifen und Beschäftigungsprogramme zu schaffen. Das wird oft vergessen, und bei vielen Unterstützungsleistungen ist oft nur noch vom unterstützungswürdigen Individuum die Rede. Dazu gibt es eine schöne Metapher: Von uns wird auch nicht verlangt, bei Hochwasser Schuppen zu bilden, sondern es werden Präventionsmassnahmen ergriffen. Die Fraktion SP/JUSO diskutierte eingehend

darüber, dass die Teilnehmenden unfreiwillig zusammengestellt werden. Das wird sicher eine grosse Herausforderung. Hier muss beachtet werden, dass es Menschen gibt, welche in Ruhe gelassen werden möchten. Wahrscheinlich bringt es nicht viel, diese in ein System zu zwingen. Die GPK-Sprecherin hat angemerkt, dass in Biel die Sozialhilfequote hoch ist. Wichtig ist, dass jetzt mit einem mutigen und innovativen Projekt reagiert wird. Bisher waren die Sozialhilferessourcen so knapp bemessen, dass eine gute und fundierte Begleitung gar nicht möglich war. Dieses Projekt ist ein Schritt hin zu einer Begleitung, die über die Sicherstellung der administrativen Abläufe hinausgeht. Ebenfalls positiv ist der Einbezug der Forschung. Diese ist für die Themen Armutsbekämpfung und Sozialhilfe sehr wichtig, denn nur mit neuem Wissen kann eine Weiterentwicklung stattfinden. Im vorliegenden Projekt sind diese Bedingungen gegeben. Was geschieht nach drei Jahren? Wird der Kanton das Projekt unterstützen? Ich könnte jetzt sagen: wäre der zuständige Regierungsrat in der SP, wäre die finanzielle Beteiligung garantiert... Der weitere Verlauf muss sorgfältig beobachtet werden. Es wäre schade, wenn ein so gutes Projekt ins Nichts führen bzw. nicht weitergeführt würde. Darum muss der Stadtrat dranbleiben, da bin ich mit Herrn Cadetg einig. Die Fraktion SP/JUSO wird natürlich der Finanzierung des Projekts zustimmen.

Liechti Kathleen, au nom du Groupe PVL+: Compte tenu du taux élevé de bénéficiaires de l'aide sociale à Bienne, le Groupe PVL+ salue l'effort fourni pour trouver des solutions cohérentes et innovatrices. Nous estimons que l'idée paraît prometteuse de donner une chance de réinsertion à des personnes non seulement par la contrainte et la menace d'un retrait ou d'une baisse de prestations, mais également en travaillant avec elles directement sur leurs motivations et leurs ressources. De plus, la collaboration de la Haute école spécialisée bernoise (BFH) représente un gage de crédibilité lorsqu'on se lance dans une entreprise de cette envergure. Nous approuvons le choix de travailler sous l'angle positif qui est de rendre le bénéficiaire de l'aide social acteur. Il faut évidemment garder à l'esprit le fait que pour certaines personnes, la réinsertion restera difficile. Des facteurs tels que la langue, la santé physique ou mentale, la disponibilité familiale, la motivation influencent fortement l'engagement des individus. Il n'existe malheureusement pas de solutions durables. Le pari reste néanmoins ambitieux. Nous nous sommes posés la question de la temporalité pour la mise en place de ce dispositif. Le projet représente déjà, d'un point de vue organisationnel et humain, un défi en soi. Son déploiement en pleine crise ne risque-t-il pas de le mettre en échec? Le manque d'emplois disponibles ne risque-t-il pas de décourager les personnes devant la difficulté de trouver un travail? Quoi qu'il en soit, nous estimons qu'il est tout de même judicieux de donner une chance à ce projet pilote. Nous sommes curieux d'assister à sa mise en oeuvre et de lire le rapport à la fin du projet pilote. Le Groupe PVL+ vous recommande donc de soutenir ce projet.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Bien que le projet «Focus Travail» soit tout à fait louable et va dans une direction souhaitée, le Groupe PSR, après avoir pris connaissance du rapport du Conseil municipal, s'est posé un certain nombre de questions auxquelles Monsieur Feurer a répondu dans de très brefs délais. Nous le remercions. Nous souhaitons toutefois partager ces questions avec l'ensemble du Parlement. À la lecture du rapport, nous nous sommes interrogés sur les objectifs précis du projet et de la phase pilote:

- Concrètement, quels travaux seront réalisés en atelier?

- Quelle sera la différence entre les prestations du projet et celles proposées par l'Office régional de placement (ORP)? Il faut rappeler que presque tous les bénéficiaires de l'aide sociale ont dû passer par l'ORP avant de se rendre à l'aide sociale et d'en bénéficier.
- Quels sont les objectifs quantitatifs de la phase pilote de ce projet?
- En matière de coûts, sur quelle base les salaires du poste de direction et des spécialistes ont-ils été calculés? Il apparaît que ces salaires, qui sont supérieurs aux salaires moyens suisses, constituent la plus grande partie des coûts estimés, sans pour autant que l'on sache exactement en quoi consistera leurs tâches. Si l'argent n'est pas directement destiné aux bénéficiaires, plus de clarté serait souhaitable.
- Au sujet de la direction du projet (page 9 du rapport), il est indiqué qu'il s'agira d'un poste à 100% ou d'une codirection germanophone et francophone. Si cette deuxième variante n'est pas privilégiée, comment le projet pourra-t-il garantir une égalité entre les bénéficiaires parlant l'allemand et ceux parlant le français?

Enfin, une question qui me tient particulièrement à coeur: à la page 7 du rapport, il est fait mention d'une multitude d'idées de projets différents dont des projets d'encouragement à des formes d'activités lucratives indépendantes, qui ont été prises en compte mais abandonnées car les coûts en seraient trop élevés. Serait-il possible d'obtenir une copie du rapport ayant conduit à cette conclusion, afin d'être sûre que ces projets ont été écartés à bon escient?

Francescutto Luca, au nom du Groupe UCD/Les Confédérés: Tout d'abord le Groupe UDC/Les Confédérés remercie les auteurs de ce projet. Le document est parfaitement rédigé et le concept très bien étudié. Je peux dire que, dans mon petit parcours de politicien, c'est un des projets qui restera important dans ma mémoire. Les bénéficiaires de l'aide sociale deviennent des acteurs qui prennent leur destin en main. Quelle phrase magnifique! Qui aurait espéré un jour lire cela? Ce projet pilote a pour but de rendre les bénéficiaires de l'aide sociale capables de prendre leur destin en main en devenant les acteurs de leur propre vie, en tirant parti de leur potentiel et en renforçant leur autonomie. De plus, cela va toucher aussi bien les nouveaux bénéficiaires que les bénéficiaires de longue date. C'est quelque chose de très important. En effet, il est important de ne pas laisser tomber ces derniers et d'essayer de les sortir de cet inconfort. Les personnes qui parviennent le mieux à quitter l'aide sociale sont celles qui parviennent le mieux à acquérir de l'indépendance économique et qui bénéficient du bagage de formation requis, sans oublier un état de santé suffisant. La confiance en soi et l'initiative personnelle sont tout aussi importantes. Le travail en groupe permet aux personnes concernées de recevoir un feedback direct. L'expérience du succès vécu par d'autres personnes est vécue comme moteur pour renforcer leur propre motivation. Cela permet d'échanger des expériences positives et de les approfondir ensemble. Grâce à ces ateliers, les intéressés réussissent à devenir les acteurs qui prennent leur destin en main. On peut espérer une augmentation de personnes qui n'auront plus besoin de l'aide sociale dans les deux ans qui suivront la participation à l'atelier d'évaluation de compétences. De plus, grâce aux revenus partiels que toucheront les personnes concernées, les coûts de l'aide sociale seront réduits pendant cette période.

On peut aussi se réjouir de la manière dont le financement a été pensé. L'argent des deux fondations gérées couvre presque totalement les frais. Comme cela a déjà été mentionné, il est dommage que le Canton ne soutienne pas le projet. On peut toutefois se féliciter que le Projet «Focustravail» s'occupe en premier lieu des cas de rigueur - ou comme mentionné dans le projet, «le socle» - et non pas seulement de la pointe de l'iceberg. En résumé, il est toujours facile de critiquer le taux de l'aide sociale, mais il est plus difficile de mettre sur pied un tel projet. Il est audacieux et met à contribution les bénéficiaires de l'aide sociale, en les obligeant à s'en sortir de manière constructive et dans le respect. Le Groupe UDC/Les Confédérés recommande vivement ce projet.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe Les Verts rejoint certaines réflexions des groupes PSR et SP/JS. Sur le papier, le projet est très innovateur et ambitieux, mais nous souhaitons relever plusieurs points. S'attaquer à la totalité des dossiers de l'aide sociale est une technique de l'arrosoir. On sait qu'une partie des individus, même avec toutes les clés du monde, ne pourra être activée. Il serait peut-être mieux de travailler sur des groupes cibles. Les ateliers seront la clé du succès. Mais comment la participation à ces ateliers se décide-t-elle? Le recrutement de personnel qualifié parfaitement bilingue avec des contrats à durée déterminée (CDD) de 36 mois est une tâche plutôt difficile. 12 à 16 personnes pour 16 stagiaires, c'est une politique qui questionne. Les cultures alémaniques, francophones et allophones sont très différentes les unes des autres. Ces ateliers peuvent-ils vraiment être les mêmes? L'évaluation par la BFH donne une perspective unique et plutôt alémanique. Il serait impératif de solliciter également la HES-SO. Pour terminer, 2.8 mio. fr., c'est beaucoup d'argent. Le projet est très ambitieux, mais on le fait fonctionner avec beaucoup de stagiaires, c'est qui est plutôt ambivalent. La mise en oeuvre est à suivre de près. Le Groupe Les Verts va soutenir le projet avec quelques abstentions.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Sozialhilfebeziehende werden zu AkteurInnen in eigener Sache. So lautet der Untertitel zum vorliegenden Geschäft. Genau darum geht es in diesem Pilotprojekt, das wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden soll. Der Stadtrat musste lange warten, bis die DSS ein wirklich gutes Dossier zur Sozialarbeit unterbreitet. Sie wissen alle, dass die Sozialarbeit eng reglementiert ist. Handlungsspielräume für Innovationen sind nicht vorhanden. Die zeitlichen Ressourcen der Sozialarbeitenden zur Begleitung der Sozialhilfebeziehenden sind viel zu gering. Der Stadtrat sollte diesem Projekt eine Chance geben und das Vorhaben gutheissen. Innovationen entstehen nur, wenn etwas in einem Pilotprojekt ausprobiert wird. Dass nicht alles erfolgreich ist, muss akzeptiert werden. Salopp ausgedrückt: «No risk no fun». Es bestehen realistische Chancen, dass dieses Projekt über die kommunale Ebene hinweg Schule macht.

2800 Personen könnten mit diesem Projekt erreicht werden. Der Peer-to-Peer-Ansatz der Werkateliers setzt auf Augenhöhe an. Unabhängiges Coaching erfolgt durch Fachpersonen und nicht durch die Sozialarbeitenden. Das Projekt wird durch die Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Das Monitoring ermöglicht Anpassungen während des laufenden Projekts. Bei den Mitarbeitenden des städtischen Sozialdienstes wird Know-how aufgebaut. Der Zugang für Teilnehmende wird niederschwellig gehalten. Triagestelle für die Vermittlung in den Arbeitsmarkt in Ergänzung zur Fachstelle Arbeitsintegration (FAI). Soweit einige der erfolversprechenden Parameter. Bemängelt werden könnte die kurze Dauer des

Projekts von zwei Jahren. Der allgemeine Stellenabbau bei den Unternehmen sowie die Entlassung von Personen über 50 Jahren werden mit diesem Projekt nicht vermindert. Es wird nur dann eine Wirkung erzielt, wenn die Person bereit ist, sich auf einen Prozess einzulassen. Es geht nicht darum, Menschen zu bevormunden, sondern die Selbsthilfe zu unterstützen, und zwar soviel wie nötig und so fokussiert wie möglich. Zu den Kosten: Aufgrund der Breite der zu erreichenden Personenkreise erachte ich die Kosten als günstig. Im vorliegenden Geschäft geht es nicht um Parteipolitik. Es geht darum, der Abteilung Soziales Möglichkeiten zu eröffnen, tatsächliche Veränderungen proaktiv anzugehen und Menschen wirkungsvoll zu unterstützen. Bitte stimmen Sie diesem Projekt zu.

Heiniger Peter, PdA: Ich stimme dem Votum meiner VorrednerInnen zu. Das vorliegende gute Projekt ist absolut unterstützenswert. Zu beachten bleibt die Finanzierung über Stiftungen. Wo bleibt die Verantwortung der Wirtschaft? Bevor das Projekt ausläuft, ist zu überlegen, wie die Wirtschaft in die Verantwortung einbezogen werden kann. Sonstige Einwände hat die PdA nicht. Die Ansätze sind sehr gut. Die PdA wird den Projektverlauf jedoch kritisch beobachten und hofft, dass möglichst viele Sozialhilfebeziehende integriert werden können.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich bedanke mich für die insgesamt gute Aufnahme des vorliegenden Projekts. Die GPK-Sprecherin hat die Ausführungen im Bericht des Gemeinderats sehr gut zusammengefasst. Die momentane Pandemiesituation zeigt, dass breite Bevölkerungsschichten etwas erleben, was für Sozialhilfebeziehende längstens Alltag ist: Ausgelmöglichkeiten und Kontakte sind eingeschränkt. Für viele ist die momentane Situation lähmend und frustrierend; Sozialhilfebeziehende erleben dies aber täglich über längere Zeit hinweg. Mit dem Projekt FokusArbeit sollen möglichst viele Sozialhilfebeziehende aus diesem Kreislauf herausgeholt werden. Die Ohnmacht der Isolation soll durchbrochen werden. Bei einer hohen Sozialhilfequote bedeutet ein Einbeziehen möglichst vieler Sozialhilfebeziehender kein «Miniaturprojekt». Frau Tennenbaum hat es gesagt, «No risk no fun». Das vorliegende Projekt beinhaltet ein gewisses Risiko, es ist jedoch überschaubar.

Madame Moeschler, les cours de l'Office régional de placement (ORP) que vous mentionnez sont dispensés au début de la demande de chômage et ciblés par branche professionnelle. Il est donc clair qu'au moment où la personne entre à l'aide sociale, sa participation à ces cours remonte dans le temps. Le projet «FocusTravail» utilise d'autres méthodes et il a d'autres objectifs. L'objectif principal est de pouvoir définir trois étapes essentielles avec les personnes concernées. Le but est de travailler avec chaque bénéficiaire de l'aide social en adéquation avec son profil propre. Que puis-je faire? Que vais-je faire? Où sont mes limites personnelles? Une chose importante à nos yeux, mais également pour les personnes concernées, est d'avoir des perspectives d'avenir, en développant des idées concevables.

Bewusst wird auf den Gruppeneffekt gesetzt. Erfolge können geteilt und gemeinsam gefeiert werden. Frustrationen gibt es auch und sollen ebenfalls geteilt werden. Den Teilnehmenden soll klar werden, dass sie auf ihrem manchmal schwierigen Weg nicht allein sind. Aber nicht nur die Gruppen sollen helfen, sondern auch die Coachs. Die Botschaft ist, etwas zu tun, das etwas bewirkt. Es ist wichtig, Perspektiven zu

entwickeln. Es geht um den Glauben an sich selber und die eigene Wirksamkeit. Nach längerer Erfolglosigkeit sind diese Erkenntnisse sehr wichtig.

Les objectifs quantitatifs que vous mentionnez, Madame Moeschler, sont inclus dans le rapport aux pages 4, 5 et 8. Nous comptons sur une possibilité de participation à ce programme d'environ la moitié des bénéficiaires de l'aide sociale. Cela impliquera environ 50 heures d'atelier par participant-e et un rapport final qui sera utilisé pour l'intégration professionnelle, mais aussi pour les processus de conseils au service social. Par ailleurs, 350 heures sont prévues pour l'accompagnement sur la place de travail. Tous ces objectifs de performance ainsi que le profit escompté sont présentés dans le rapport et peuvent être mesurés quantitativement et directement liés aux coûts du projet.

Im vorliegenden Projekt geht es darum, Wirkung zu erzielen, wie es Frau Tannenbaum bereits erwähnt hat. Die Integrationsarbeit soll verbessert werden. Schlussendlich soll sich der Nutzen auch in Franken und Rappen niederschlagen.

L'égalité entre les langues est primordiale au sein du Service de l'aide sociale. Nous travaillons, entre autre, pour la partie intégration professionnelle avec le Professeur Coullery de la Haute école bernoise qui est francophone, mais aussi avec des villes de la Suisse romande. Nous sommes en contact étroit avec les villes de Neuchâtel, Fribourg, Morges, Sion, Lausanne et Genève. Il en va de même avec les contacts pour les universités de la Suisse romande. L'égalité entre les langues est également un point crucial au niveau du recrutement au sein de la Ville. Ces collaborations nous ont permis de cibler l'orientation de la stratégie du projet «FocusTravail», même si cela n'est pas documenté en détail pour le public. Toutefois, cette orientation a été exposée au Conseil municipal. Elle fera partie intégrante de la stratégie sociale qui est actuellement en cours d'élaboration et sera présentée en temps opportun au Conseil de ville.

Wie sind die Löhne kalkuliert? Die Stadtverwaltung verfügt über ein fixes Lohnsystem. Im vorliegenden Projekt sind nicht nur die Löhne, sondern die gesamten Lohnnebenkosten berücksichtigt. Wie werden die langjährigen Sozialhilfebeziehenden und die neu Angemeldeten verteilt und gewichtet? Es handelt sich um ein Pilotprojekt, in welchem verschiedene Möglichkeiten ausprobiert und evaluiert werden sollen. Grundsätzlich ist vorgesehen, die Gruppen je zur Hälfte mit neu Angemeldeten und langjährigen Sozialhilfebeziehenden zusammenzustellen. Bei neu Angemeldeten ist meistens sofort ersichtlich, wer nur kurz in der Sozialhilfe verbleibt und wer nicht. Selbstverständlich werden keine kurzfristig Sozialhilfebeziehende für die Werkateliers berücksichtigt. Die Verteilung wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Der Schwerpunkt liegt gegebenenfalls bei den neu Angemeldeten. Zur finanziellen Beteiligung Dritter wurden bereits verschiedene Gespräche, unter anderem mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen, Fachhochschulen und Stiftungen geführt. Feste Zusagen liegen keine vor, die Reaktionen sind jedoch positiv. Bei einem guten Verlauf der Pilotphase nach drei Jahren wird vorausgesetzt, dass der Kanton das Projekt finanziert. Der Gemeinderat geht nicht davon aus, das Projekt auf eigene Kosten weiterführen zu müssen. Zur Frage der langfristigen Erhöhung der Ressourcen werden Überlegungen angestellt. Heute liegt die Anzahl der zu betreuenden Dossiers pro Sozialarbeitenden bei 100. Dieser Aspekt ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Geschäfts.

Pour terminer, je souhaiterais encore partager avec vous une réflexion qui me tient à coeur. Ce soir, nous parlons beaucoup de finances, de structures et de taux de l'aide sociale, mais il ne faut pas oublier que nous parlons de personnes. Elles ont des sentiments dont il faut tenir compte. Quels sentiments peut-on avoir quand on n'a plus de succès ou que chaque démarche est conclue par un échec? Que ressent-on lorsqu'on ne voit plus de perspectives favorables pour sa propre vie et, dans certains cas, aussi pour l'avenir de sa famille? Nous sommes toutes et tous élu(e)s par la population. Je suis convaincu que l'on peut comprendre, en tant que privilégiés, que des personnes vivent une toute autre réalité et qu'elles ont besoin d'aide et de soutien. Je pense que la discussion de ce soir a montré que tout le monde a compris la situation de ces personnes et je vous en remercie. Je vous invite donc à envoyer un message clair, ce soir, aux personnes qui se trouvent dans une situation précaire.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 11.11.2020, gestützt auf Art. 39. Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), **beschliesst**:

1. Für das Projekt FokusArbeit – «WerkAteliers» und «Triagestelle Beschäftigung» wird ein Verpflichtungskredit Nr. 35000.0003 von brutto CHF 2'800'000 genehmigt. Zur Finanzierung werden CHF 1'198'956.45 aus der verwalteten Stiftung Hilfe an Arbeitslose und CHF 1'011'612.08 aus der verwalteten Stiftung für Sozialzwecke entnommen. Netto verbleiben somit Kosten von CHF 589'431.47. Davon sollen CHF 350'000 via Lastenausgleich (Praktikumsstellen) rückfinanziert werden sowie mindestens CHF 150'000 via Dritte (private Stiftungen).
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat.

49. 20200387 Leistungsvertrag mit dem Verein X-Project / Verpflichtungskredit

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Le Conseil municipal nous présente un contrat de prestations avec l'association X-Project, pour la période 2021-2022. La Commission de gestion (CDG) a demandé des explications concernant le fait que ce contrat de prestations dure seulement deux ans, alors que la Ville a l'habitude de faire des contrats de prestations d'une durée de quatre ans. La réponse est la suivante: la Ville avait envisagé d'établir un contrat de prestations quadriennal. Cela ne s'est toutefois pas avéré judicieux, car la nouvelle autorisation du Canton grâce à laquelle une partie des prestations du X-Project est financée ne s'appliquera que dès 2023 et portera sur une durée de quatre ans. C'est donc dans le but d'harmoniser les délais entre la Ville et le Canton que les contrats de prestations durant la période transitoire ne seront valables que jusqu'à fin 2022.

Ce contrat de prestations est destiné au soutien des enfants et de la jeunesse et non pas à un projet culturel. La subvention permettra aussi bien de financer le loyer que de rémunérer la direction de l'exploitation. Le contrat de prestations fixe des objectifs assez larges et peu précis parce que le X-Project est chargé de fournir les locaux et les conditions-cadre pour des sous-projets de différentes organisations et institutions qui fournissent des services aux enfants et aux jeunes. C'est une oeuvre très utile et appréciable pour la jeunesse de notre Ville. Ce contrat de prestation doit, du point de vue de la CDG, être accepté et je vous encourage de le faire.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Das X-Project ist bekannt und gehört zu Biel wie der «Chessu». Über die Jahre wurden dort viele Projekte umgesetzt. Gegenüber anderen Freizeitangeboten herrscht im X-Project grosse Kreativität. Junge Menschen können sich verwirklichen und entwickeln. Dazu braucht es Platz. Während der Zwischennutzung lief der Vertrag jeweils für ein Jahr. Damit das «X» langfristig weitergeführt werden kann, hat die Stadtverwaltung nach einem neuen Standort gesucht. Am Rennweg 62 wurde ein solcher nun gefunden. Jetzt hat der Stadtrat über einen neuen zweijährigen Leistungsvertrag zu befinden. Der Grossteil der Summe von jährlich etwas mehr als CHF 383'000 wird für die Miete ausgegeben. Die teilweise gebundenen Leistungen für Projektarbeit, Förderung der Integration, Sozialisierung und Selbstorganisation sind zahlreich und wichtig. In Anbetracht der stetig zunehmenden Aufgaben ist der finanzielle Beitrag bescheiden. Der Stadtrat kann mit der Zustimmung zum vorliegenden Verpflichtungskredit die längerfristige Weiterführung des Projekts sichern.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Liebe StadtratskollegInnen, wussten Sie, dass das X-Project zum «Bieler des Jahres» 2014 gewählt wurde? Dennoch wurde ein Jahr später von den Stadtbehörden entschieden, dass es seinen damaligen Standort an der Aarbergstrasse verlassen muss. Dieser Entscheid erfolgte aus strategischen Gründen. Das Gebiet um den Bahnhof hat grosses Potential für die Standortentwicklung und ist Masterplan-Gebiet. Entstanden ist das X-Project aus der Hip-hop-, Sprayer- und DJ-Szene. In den 90er-Jahren wurde in Biel die Hip-hop-Bewegung stark. Ihr gehörten vor allem Leute am Rand der Gesellschaft mit einem Bedürfnis nach Freiräumen an. Die Szenen begannen sich bald zu vermischen. Gemeinsam mit den Nutzenden hat die Stadtverwaltung nach einem neuen Standort gesucht. Dieser wurde am Rennweg gefunden und Ende 2020 bezogen. Für das betreffende Gebäude im Besitz der Stadt Biel musste ein Investor gefunden werden, welcher bereit war, das Gebäude im Baurecht zu übernehmen, für CHF 10 Mio. zu sanieren und eine Kletterhalle zu bauen. Das Geschäft wurde sowohl für die Stadt als auch für den Investor als attraktiv bezeichnet, da der Investor den Mietzins jährlich von der Stadt ausbezahlt erhält, der Stadt Biel für die Sanierung des Gebäudes keine Kosten entstanden und zudem die Kletterhalle erstellt werden konnte. Der Stadtrat hat die Vorlage «abgesegnet», was einem Bekenntnis zum X-Project gleichkommt. Der reibungslose Umzug Ende 2020 war eine Riesenleistung aller Beteiligten. Die vielen Stunden Mehrarbeit unter widrigen Corona Bedingungen haben die Mitarbeitenden grösstenteils ohne Entschädigung geleistet. An dieser Stelle danke ich allen für ihren grossen Einsatz! In diesem Jahr wird das X-Project 21 Jahre alt und ist aus soziokultureller Sicht nach wie vor von grosser Bedeutung für Biel. Wie bereits erwähnt, hat der Gemeinderat dies erkannt und für ein langfristiges Bestehen des Projekts gesorgt. Diese Absicht wird in einem Leistungsvertrag geregelt und mit den

Organisierenden findet ein regelmässiger Austausch statt. Heute debattiert der Stadtrat über eine Verlängerung des Leistungsvertrags. Dieser lief Ende 2020 aus und soll für zwei Jahre verlängert werden. Danach wird, wie mit den anderen Vertragspartnern auch, eine Erneuerung alle vier Jahre erfolgen. Die Fraktion Grüne empfiehlt die Annahme des vorliegenden Leistungsvertrags.

Akamba Frédérica, au nom du Groupe PSR: La culture est un axe essentiel pour notre Ville. Elle permet le partage, la découverte de l'autre, l'amusement, la rencontre. Bref, elle favorise le «vivre ensemble». Il ne s'agit pas de soutenir un projet culturel de niche, mais de soutenir un projet qui a fait ses preuves durant des années. C'est une plateforme qui permet à de nombreux jeunes de se lancer dans des projets artistiques dans le domaine de la danse, de la musique ou des arts visuels. Ce projet participe, sans aucun doute, au rayonnement de notre Ville bien au-delà des frontières municipales, et il permet de renforcer l'image de Bienne en tant que ville ouverte, portée vers l'avenir et créative. Il s'agit donc d'un véritable investissement pour l'avenir. Le Groupe PSR en est convaincu. En termes de cohésion sociale, ce projet sera rentable pour la Ville dans les prochaines années. De plus, il est important d'apporter un soutien constant à la scène culturelle biennoise dans cette période de crise sanitaire, car c'est également à travers la créativité et l'innovation que nous pourrons rendre notre Ville encore plus agréable à vivre. Pour ces raisons, le Groupe PSR soutient l'octroi de cette subvention.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Für die Fraktion FDP ist unbestritten, dass dem vorliegenden Leistungsvertrag zugestimmt werden kann und soll. Die Entwicklungen am neuen Standort sprechen für eine nach wie vor positive Prognose. Mit seinen verschiedenen Wirkungszielen erbringt das X-Project wertvolle und vielseitige Leistungen zugunsten der Jugendförderung.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Auch die Fraktion GLP+ unterstützt die Erneuerung des Leistungsvertrags mit dem X-Project gerne. Das X-Project ist zentraler Teil der Bieler Jugendkultur und Keimzelle unzähliger Initiativen zur Belebung der Stadt und über deren Grenzen hinaus. Die Fraktion GLP+ kann nachvollziehen, dass mit der Verlängerung des Vertrags um zwei Jahre die Synchronisierung mit einem Grossteil der anderen Leistungsverträge gewährleistet werden soll. Die Unterstützungsleistung der Stadt und die Beteiligung des Kantons umfassen zu einem grossen Teil die Mietkosten für die Lokalitäten des X-Projects. Der Unterstützungsbeitrag ist auch deshalb für das X-Project absolut unverzichtbar. Die Fraktion GLP+ wird dem vorliegenden Geschäft klar zustimmen.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Aufgrund der in Kapitel 5 des gemeinderätlichen Berichts aufgeführten «Konsequenzen bei Nichtumsetzung oder verspäteter Umsetzung» des Geschäfts ist der Fall klar. Die Subventionen für das X-Project sind unverzichtbar. Das Jugendkulturhaus könnte ohne den Leistungsvertrag nicht weitergeführt werden und müsste sich auflösen. Da die Stadt Biel einen Mietvertrag über 10 Jahre eingegangen ist, müsste der Verein die Miete weiterhin bezahlen. Für die Räumlichkeiten müsste eine anderweitige Nutzung gesucht werden. Auch für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist nachvollziehbar, dass das Jugendkulturhaus ein wichtiger Teil der Bieler Jugendpolitik darstellt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit auch ohne die zwingende Verpflichtung des zehnjährigen Mietvertrags zustimmen.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour la très bonne acceptation de ce projet. Comme vous l'avez bien relevé, il s'agit d'un projet très important pour la Ville de Bienne qui illustre ce qu'est notre Ville. Il rend fier d'être biennois et biennoise, et cela vaut également pour les jeunes et pour les personnes qui ont mis sur pied ce projet il y a 20 ans. L'acceptation de ce contrat de prestations pour deux ans permettra de garantir une plus grande stabilité. De plus, dans deux ans, le rythme des contrats de prestations pourra être harmonisé afin d'avoir une couverture du Canton et de la Ville pour une période de quatre ans.

J'ai envie de vous parler un peu de ce qu'est le X-Project. J'ai eu la chance de le visiter, et je peux vous assurer qu'une énergie incroyable a été développée pour que des jeunes entre 10 et 20 ans puissent se former et se construire collectivement en vue d'un projet qui leur est propre tout en étant collectif. X-Project est un lieu qui permet à une jeunesse de s'exprimer de manière très libre, tout en ayant un cadre garanti par une équipe d'animation socioculturelle. Voilà donc le sens de cette prestation. Je vous remercie à nouveau et vous invite vraiment à visiter ces locaux afin de voir cette logique win-win. C'est une collaboration et une cohabitation intelligente dans notre Ville.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 09.12.2020, gestützt auf Art. Art. 39 Abs. 1 bst. A der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 363600064.432 für die Abgeltung der Leistungen des Vereins X-Project über CHF 766'800.- (netto nach Abrechnung im kantonalen Lastenverteilsystem CHF 526'800.-) und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2021–2022 werden genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

50. 20200388 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

Präsidialdirektion

1. Postulat 20070318, Erich Fehr / Fristverlängerung
2. Postulat 2011013, Andreas Bösch / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulat 20140271, Urs Känzig, Simon Bohnenblust, Christian Löffel, Niklaus Baltzer / Abschreibung
4. Dringliches Postulat 20140324, Caroline Jean-Quartier / Abschreibung
5. Dringlicher Vorstoss 20140328, Cécile Wendling / Fristverlängerung
6. Postulat 20150182, Lena Frank / Abschreibung
7. Überparteiliches Postulat 20150257, Max Wiher, Stefan Kaufmann, Andreas Sutter / Fristverlängerung

8. Motion 20150339, GPK / Fristverlängerung
9. Dringliches Postulat 20170343, Peter Bohnenblust / Abschreibung
10. Dringliches überparteiliches Postulat 20170382, Urs Scheuss, Alfred Steinmann, Glenda Gonzalez, Judith Schmid, Ruth Tennenbaum, Max Wiher / Abschreibung
11. Postulat 20180290, Mohamed Hamdaoui / Abschreibung
12. Überparteiliches Postulat 20180291, Mohamed Hamdaoui, Daniela de Maddalena, Sandra Schneider, Reto Gugger, Max Wiher, Titus Sprenger, Peter Heiniger / Fristverlängerung
13. Postulat 20180328, Benedikt Loderer / Fristverlängerung
14. Dringliches Postulat 20180364, Alfred Steinmann / Abschreibung
15. Postulat 20180371, Susanne Clauss, Muriel Günther, Anna Tanner / Abschreibung
16. Überparteiliche Motion 20180417, Denis Briechle, Levin Koller, Urs Scheuss, Alfred Steinmann, Titus Sprenger / Fristverlängerung
17. Dringliches überparteiliches Postulat 20190012, Max Wiher, Christoph Grupp, Alfred Steinmann, Levin Koller, Glenda Gonzalez, Titus Sprenger / Abschreibung
18. Dringliches überparteiliches Postulat 20190055, Urs Scheuss, Levin Koller, Glenda Gonzalez, Max Wiher, Titus Sprenger / Abschreibung

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Der Bericht des Gemeinderats enthält einen Fehler. Der Vorstoss 20190055 «Endlich energetische Bestimmungen ins Baureglement aufnehmen!» wurde als Motion eingereicht. Der Gemeinderat beantragte zwar die Umwandlung in ein Postulat, der Stadtrat hielt jedoch an der Motion fest. Im Bericht wird die Motion nun aber fälschlicherweise als Postulat bezeichnet.

Postulat 20150182 «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer»

Zumstein Joël, GPK: Die GPK hat eine Anmerkung zum Postulat 20150182 «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer». Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben und verweist auf die Totalrevision der Stadtordnung. Dasselbe Argument zur Abschreibung wurde in Zusammenhang mit anderen Vorstössen ebenfalls vorgebracht. Die Totalrevision der Stadtordnung (SO) ist jedoch vom Stadtrat noch nicht verabschiedet worden. Das Postulat ist demnach noch nicht abzuschreiben. **Die GPK beantragt eine Fristverlängerung für das Postulat 20150182 bis August 2022.**

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir werden auf den Antrag der GPK zurückkommen, da über Änderungsanträge jeweils einzeln bei der Beratung der betreffenden Vorstösse abgestimmt wird. Anschliessend folgt die Schlussabstimmung pro Direktion und Bericht.

Dringliches Postulat 20140324, «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!»

Clauss Susanne, SP: Zu diesem Thema wurden weitere Vorstösse eingereicht, welche noch hängig sind. **Ich beantrage deshalb eine Fristverlängerung für das Postulat 20140324 bis Februar 2023.** Der Gemeinderat schreibt, dass die Schaffung

einer Abteilung «Generationen & Quartiere» in der Direktion Bildung, Kultur und Sport in Abklärung ist. Momentan läuft eine Testphase. Die Forderung ist also noch nicht erfüllt und die Abschreibung deshalb verfrüht.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Entscheidend ist der zweitletzte Abschnitt im Bericht zum entsprechenden Vorstoss: *«Das Postulat in seiner ursprünglichen Form muss aber vor dem Hintergrund der zwischenzeitlichen Entwicklungen als überholt betrachtet und deshalb abgeschrieben werden.»* Der Gemeinderat ist der Meinung, dass sich die Situation in der Zwischenzeit verändert hat. Die BKS testet momentan eine Reorganisation. Je nach Resultat ergeben sich neue Entwicklungen. Der Stadtrat kann, gestützt auf die neuen Rahmenbedingungen, jederzeit neue Vorstösse einreichen. Der Gemeinderat erachtet es nicht als sinnvoll, einen überholten Vorstoss aufrechtzuerhalten.

Abstimmung

- über den Antrag von Susanne Clauss, für das Postulat 20140324 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Postulat 20150182 «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer» - Fortsetzung

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Antrag der GPK zum Postulat 20150182 wirft wieder eine alte Glaubensfrage auf. Wann soll ein Vorstoss sinnvollerweise abgeschrieben werden? Die GPK ist offenbar der Meinung, dass der vorliegende Vorstoss erst mit der Genehmigung der neuen Stadtordnung erfüllt ist. Der Gemeinderat demgegenüber der Ansicht, dass das Ansinnen zum Zeitpunkt der Einreichung einer Vorlage im Stadtrat erledigt ist, da der Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt die Entscheidkompetenz dem Stadtrat übergibt. Unabhängig davon, ob das Anliegen des Vorstosses in die Totalrevision der Stadtordnung eingeflossen ist oder nicht, entfaltet der Vorstoss keine weitere Wirkung. Deshalb beantragt der Gemeinderat dessen Abschreibung. Mir ist aber schon klar, dass ich hier auf verlorenem Posten kämpfe.

Abstimmung

- über den Antrag der GPK, für das Postulat 20150182 eine Fristverlängerung bis Ende August 2022 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Postulat 20180371, «Lohnungleichheit bis 2023 behoben»

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Herr Stadtpräsident, wir werden uns nicht einig. Die Fraktion SP/JUSO ist der Auffassung, dass die Forderung des Postulats noch nicht erfüllt ist. Mit der Verlängerung der Frist um zwei Jahre würde sie mit der im Postulat

verlangten Frist übereinstimmen, da die Lohnungleichheiten bis 2023 behoben werden sollen. Dannzumal wird überprüft werden können, ob noch Lohnungleichheiten bestehen. **Die Fraktion SP/JUSO beantragt daher eine Fristverlängerung bis 2023.**

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Nous constatons avec satisfaction qu'une analyse statistique a été réalisée au sein de l'Administration municipale sur la question de l'égalité salariale. Nous prenons aussi acte du fait qu'un rapport a été établi et nous attendons sa publication avec impatience. Pourquoi donc vouloir déjà radier du rôle ce postulat, alors que son but n'est expressément pas encore atteint? Dans l'attente qu'une discussion de fond puisse être menée sur la base du rapport d'analyse à venir, afin d'apprécier si le but poursuivi par le postulat est atteint ou non, le Groupe PSR soutient la demande une prolongation de délai jusqu'en février 2023.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Frau Clauss, wir sind uns nicht immer einig. Die vorangehende Abstimmung zum Vorstoss 20140324 war knapp und fiel beinahe zugunsten des Gemeinderats aus. Das motiviert mich, weiter zu kämpfen (*Gelächter*). Der Gemeinderat ist daran, das Anliegen des vorliegenden Vorstosses umzusetzen. Die Forderung ist quasi ein Dauerauftrag für alle Rekrutierungsprozesse. Die Frist zur Behebung von Lohnungleichheiten wurde auf Dezember 2023 festgelegt. Also werden Sie die Frist danach ein weiteres Mal verlängern müssen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass mit dem Bericht und den aufgelegten Massnahmen keine Erfolgskontrolle notwendig ist. Zur Verkürzung der langen Vorstossliste schlägt er deshalb die Abschreibung des Postulats vor.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktionen SP/JUSO und PSR, für das Postulat 20180371 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung Präsidialdirektion

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 16. Dezember 2020 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate / 2-Jahresfrist (Präsidialdirektion)» und gestützt auf Art. 42 Abs. 2 bzw. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21):

1. Für das Postulat 20070318, Erich Fehr, Fraktion SP, «Eine zweite Personenunterführung am Bahnhof Biel!» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
2. Für das Postulat 20110313, Andreas Bösch, Grüne Biel, «Zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme durch den Stadtrat» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2022 gewährt.
3. Das überparteiliche Postulat 20140271, Urs Känzig, Grüne, Simon Bohnenblust, GLP, Christian Löffel, EVP, Niklaus Baltzer, SP, «Energiewende – Biel hilft mit» wird als erfüllt abgeschrieben.

4. Für das dringliche Postulat 20140324, Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
5. Für den dringlichen Vorstoss 20140328 Cécile Wendling, FDP, «Kiss and Ride Südseite Bahnhof» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
6. Für das Postulat 20150182, Lena Frank, Grüne, «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2022 gewährt.
7. Für das überparteiliche Postulat 20150257, Max Wiher, Fraktion GLP, Stefan Kaufmann, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, «Effizientere Parlamentsdebatten» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2022 gewährt.
8. Für die Motion 20150339, GPK, «Abschreibung von Motionen und Postulaten» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2022 gewährt.
9. Das dringliche Postulat 20170343, Peter Bohnenblust, FDP, «Fakten-Check für Vorschlag A5 «Westast so besser»» wird als erfüllt abgeschrieben.
10. Das dringliche überparteiliche Postulat 20170382, Urs Scheuss, Grüne, Alfred Steinmann, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Max Wiher, GLP, ««Westast so besser» mit Ausführungsprojekt «Westumfahrung Biel» auf gleicher Stufe vergleichen» wird als erfüllt abgeschrieben.
11. Das Postulat 20180290 Mohamed Hamdaoui, Groupe PSR, «Eine Bushaltestelle namens «Altstadt» schaffen» wird als erfüllt abgeschrieben.
12. Für das überparteiliche Postulat 20180291, Mohamed Hamdaoui, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Sandra Schneider, SVP, Reto Gugger, BDP, Max Wiher, GLP, Titus Sprenger, Passerelle, Peter Heiniger, PdA, «Kein Proselytismus auf unsere Busse!» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
13. Für das Postulat 20180328 Benedikt Loderer, Grüne, «Die historische Korrektur» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
14. Das dringliche Postulat 20180364, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «A5 Westast Marsch-Halt, Dialog und Vergleich auf Grund der aktuellen Verkehrszahlen» wird als erfüllt abgeschrieben.
15. Für das Postulat 20180371, Susanne Clauss, Muriel Günther und Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO, «Lohnungleichheit bis 2023 behoben» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
16. Für die überparteiliche Motion 20180417, Denis Briechle, GLP, Levin Koller, JusO, Urs Scheuss, Grüne, Alfred Steinmann, SP, Titus Sprenger, Passerelle, «Velobahnen für Biel!» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
17. Das dringliche überparteiliche Postulat 20190012, Max Wiher, GLP, Christoph Grupp, Grüne, Alfred Steinmann, SP, Levin Koller, JusO, Glenda Gonzalez, PSR, Titus Sprenger, Fraktion Einfach libres!, «A5-Westast ohne Anschlüsse auf Bieler Stadtgebiet» wird als erfüllt abgeschrieben.
18. Die dringliche überparteiliche Motion 20190055, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Max Wiher, Fraktion GLP, Titus Sprenger, Fraktion Einfach libres!, «Endlich energetische Bestimmungen ins Baureglement aufnehmen!» wird als erfüllt abgeschrieben.

Finanzdirektion

1. Postulat 20110086, Claire Magnin / Fristverlängerung
2. Postulat 20110288, Thomas Brunner / Fristverlängerung
3. Postulat 20130369, Salome Strobel / Fristverlängerung
4. Dringliches Postulat 20110280, Max Wiher / Abschreibung
5. Postulat 20130316, Joël Haueter / Fristverlängerung
6. Dringliches überparteiliches Postulat 20130402, Peter Bohnenblust, Nathan Güntensperger, Heidi Stöckli Schwarzen, Andreas Sutter / Fristverlängerung
7. Dringliches überparteiliches Postulat 20150314, Peter Bohnenblust, Nathan Güntensperger, Andreas Sutter, Adrian Dillier / Fristverlängerung
8. Postulat 20160276, Pascal Fischer / Abschreibung
9. Dringliche überparteiliche Motion 20170381, Urs Scheuss, Dana Augsburger-Brom, Judith Schmid, Ruth Tennenbaum, Glenda Gonzalez / Fristverlängerung

Postulat 20180369, «Sofortige Umsetzung der Fussgänger/innen- und Veloverbindung Gartenstrasse (fehlendes Teilstück)»

Tanner Anna, GPK: Im Bericht steht, dass die Umsetzung des Postulats 20180369 rund zwei Jahre benötigt. Die Fristverlängerung wird jedoch nur bis Februar 2022 beantragt. Die GPK geht davon aus, dass dies ein Schreibfehler ist und schlägt vor, den Schlussabstimmungstext anzupassen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Finanzdirektorin ist damit einverstanden. Die Fristverlängerung wird korrigiert auf Ende Februar 2023.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Ich mache ebenfalls von der Möglichkeit Gebrauch, Anmerkungen anbringen zu können. Die Postulate 20130402 und 20150314 verlangen, dass dem Stadtrat das Budget im September vorzulegen ist, damit allenfalls im Oktober noch eine zweite Lesung durchgeführt werden kann.

Schlussabstimmung Finanzdirektion

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate / 2-Jahresfrist (Finanzdirektion)», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Erfüllung des Postulats 20110086, Claire Magnin, Grüne Biel, «Gender Budgeting» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
2. Für die Erfüllung des Postulats 20180288, Thomas Brunner, EVP, «Schuldenabbau zur Verminderung des Zinsrisikos zulasten künftiger Generationen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
3. Für die Erfüllung des Postulats 20180369, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Sofortige Umsetzung der Fussgänger/innen- und Veloverbindung Gartenstrasse (fehlendes Teilstück)» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
4. Das dringliche Postulat 20110280, Max Wiher, glp, «Variante AGGLOlacPlus» wird als erfüllt abgeschrieben.

5. Für die Erfüllung des Postulats 20130316, Joël Haueter, Fraktion SVP/Eidgenossen, «Selbstfinanzierungsgrad und Bruttoverschuldungsanteil» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
6. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20130402, Peter Bohnenblust, FDP, Nathan Güntensperger, GLP, Heidi Stöckli Schwarzen, SP, Andreas Sutter, BVP, «Budget früher im Stadtrat traktandieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
7. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20150314, Peter Bohnenblust, FDP, Nathan Güntensperger, GLP, Andreas Sutter, BVP, Adrian Dillier, SVP, «Budget früher im Stadtrat traktandieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
8. Das Postulat 20160276, Pascal Fischer, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Erhaltungsfonds für städtische Bauten» wird als erfüllt abgeschrieben.
9. Für die Erfüllung der dringlichen überparteilichen Motion 20170381 Urs Scheuss, Grüne / Dana Augsburg-Brom, SP/JUSO, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle / Glenda Gonzalez, PSR, «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.

Direktion Soziales und Sicherheit

1. Motion 20080263, Peter Moser / Abschreibung (pt 1), Fristverlängerung (pt 2)
2. Postulat 20140273, Fritz Freuler / Abschreibung
3. Dringliches überparteiliches Postulat 20160274, Jeremias Ritter, Ruth Tennenbaum, Reto Gugger, Andreas Sutter / Abschreibung
4. Motion 20170247, Reto Gugger / Fristverlängerung
5. Dringliche überparteiliche Motion 20170342, Susanne Clauss, Muriel Günther, Fritz Freuler, Ruth Tennenbaum, Judith Schmid / Fristverlängerung
6. Überparteiliches Postulat 20180257, Anna Tanner, Judith Schmid, Christoph Grupp, Mohamed Hamdaoui / Abschreibung
7. Überparteiliches Postulat 20180258, Judith Schmid, Dennis Briechle, Muriel Günther, Titus Sprenger, Lena Frank, Mohamed Hamdaoui / Abschreibung
8. Postulat 20180296, Titus Sprenger, Ruth Tennenbaum / Fristverlängerung
9. Überparteiliches Postulat 20180297, Reto Gugger, Pascal Bord, Bernhard Leuenberger / Fristverlängerung
10. Dringliches überparteiliches Postulat 20180324, Peter Heiniger, Mohamed Hamdaoui / Abschreibung
11. Postulat 20180367, Salome Strobel / Fristverlängerung

Postulate 20180296 «Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen» und 20180367 «Verkehrsschulungsanlage für Alle»

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Die GPK macht darauf aufmerksam, dass die Fristverlängerungen im Halbjahresrhythmus jeweils bis Ende Februar respektive Ende August laufen. Die Fristverlängerungen der Postulate 20180296 und 20180367 sind entsprechend anzupassen auf Ende Februar oder August 2023.

Dringliches überparteiliches Postulat 20160274, «Terminvereinbarung beim Einwohnerdienst»

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Im Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, die Möglichkeit zu schaffen, bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste Termine zu vereinbaren. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass dies in Biel nicht möglich sei, ohne aber die Gründe dafür zu erläutern. Unzählige andere Amtsstellen bieten diese Möglichkeit. Aus Sicht der Fraktion GLP+ muss dies auch in Biel möglich sein. **Die Fraktion GLP+ beantragt daher die Fristverlängerung um zwei Jahre.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Selbstverständlich ist es technisch und organisatorisch möglich, Termine zu vereinbaren. Aus Sicht des Gemeinderats ist dies aber nicht sinnvoll. Terminvereinbarung ist für vergleichbare Einheiten wie beispielsweise das Passbüro sinnvoll, da dort die Einheiten in gleich grosse Zeitfenster aufgeteilt werden können. Bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste ist dies aber nicht möglich. Die Anliegen und Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich und nehmen unterschiedlich lange Zeiteinheiten in Anspruch. Damit wäre die Wartezeit für die BesucherInnen ohne Terminvereinbarung überhaupt nicht mehr abschätzbar. Es ist sehr schwierig, den Zeitbedarf einer Terminanfrage zu bestimmen. Zudem besteht bereits die Möglichkeit einer telefonischen Terminvereinbarung für Personen, welche nur ausserhalb der Öffnungszeiten vorbeigehen können. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb nach wie vor, das Postulat abzuschreiben. Er hat das Anliegen geprüft. Eine elektronische Terminvereinbarung bei dieser Dienststelle macht derzeit keinen Sinn.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion GLP+, für das Postulat 20160274 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Postulat 20140273, «Bieler Finanzen durch fairen Soziallastenausgleich entlasten»

Tanner Anna, SP: Im Postulat wird gefordert, dass sich der Gemeinderat beim Kanton für einen fairen Lastenausgleich einsetzt. Biel hat eine sehr hohe Sozialhilfelast. Beim Kanton auf einen faireren Ausgleich hinzuwirken, wäre angebracht. Der angeforderte Bericht ist nie eingetroffen. **Ich beantrage deshalb eine Fristverlängerung um zwei Jahre bis Februar 2023.**

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Tanner, für das Postulat 20140273 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Überparteiliches Postulat 20180257, «Aufnahme von Bootsflüchtlingen»

Tanner Anna, SP: Der Gemeinderat erklärte sich nach mehreren eingereichten Vorstössen mit ähnlichem Inhalt bereit, sich an einem Runden Tisch mit den zuständigen Bundesstellen zu beteiligen. Ob der Runde Tisch stattgefunden hat oder nicht, wurde nie kommuniziert. Ich kann mir vorstellen, dass diese Gespräche aufgrund der Pandemie verschoben wurden. **Ich beantrage deshalb eine Fristverlängerung um zwei Jahre bis Februar 2023.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Das von Frau Tanner vorgebrachte Anliegen ist nicht Gegenstand des vorliegenden Vorstosses. Bezüglich der im Vorstoss aufgeworfenen Frage hat die zuständige Bundesrätin eine Evaluation der rechtlichen Möglichkeiten in Auftrag gegeben. Anschliessend sind in Zusammenarbeit mit dem Städteverband Diskussionen geplant. Die Stadt Biel hat dem Städteverband ihre Unterstützung angeboten, die entsprechende Antwort steht noch aus. Im vorliegenden Postulat geht es darum, innerhalb des heutigen Systems direkt Flüchtlinge aufzunehmen. Aus rechtlicher Sicht ist dies jedoch nicht möglich. Ausserdem verfügt die Stadt Biel nicht über die entsprechenden Ressourcen zur Durchführung einer Aufnahme. Im Gegensatz zur Stadt Bern hat der Kanton nicht die Stadt Biel für die Betreuung der Flüchtlinge beauftragt, sondern das Rote Kreuz. In absehbarer Zeit wird sich an dieser Auftragslage auch nichts ändern. Aus Sicht des Gemeinderats ist der Prüfauftrag des vorliegenden Postulats erfüllt.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Herr Feuerer, ich sehe das anders. Im vorliegenden Postulat steht: *«... zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise Schweizerischer Städteverband, direkte Gespräche, etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt. Dabei soll eine klare Haltung kommuniziert werden...»* Vom geltenden Recht steht nichts. Das Argument ist nicht stichhaltig. Die Frist sollte verlängert werden, weil die Forderung mit diesen Gremien nicht wirklich besprochen wurde.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Tanner, für das Postulat 20180257 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Überparteiliches Postulat 20180258, «Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei»

Heiniger Peter, PdA: RacialProfiling ist ein grosses Problem, das vielen Menschen nicht bewusst ist. Der Vorstoss soll abgeschrieben werden, weil der Gemeinderat gegenüber der Kantonspolizei keine Weisungsbefugnis habe. Die Stadt Biel kann doch immerhin bei Fehlverhalten eingreifen. In der letzten Zeit kam es immer wieder zu grenzwertigen Situationen, welche eine Überprüfung verlangen. **Ich beantrage deshalb, die Frist um zwei Jahre bis Februar 2023 zu verlängern.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Bei RacialProfiling geht es nicht um die einzelne Patrouille auf der Strasse, sondern um Ausbildung und Sensibilisierung. Die Kantonspolizei hat dazu die entsprechenden Massnahmen getroffen. Die Ausbildung liegt in der Kompetenz des Kantons und nicht der Gemeinde.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Heiniger, für das überparteiliche Postulat 20180258 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu beantragen

Der Antrag wird angenommen.

Dringliches überparteiliches Postulat 20180324, «Massnahmen gegen Raser in der Innenstadt»

Heiniger Peter, PdA: Das Thema ist offenkundig immer noch aktuell und treibt viele Leute um. **Ich beantrage daher die Fristverlängerung um zwei Jahre bis Februar 2023.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich schliesse mich der vorangehenden Äusserung von Stadtpräsident Fehr an: Das Thema stellt seit Längerem eine Daueraufgabe dar und betrifft nicht nur die DSS. Es geht auch um Infrastrukturmassnahmen. Im Sinne einer administrativen Entlastung bitte ich Sie, das vorliegende Postulat abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Heiniger, für das dringliche überparteiliche Postulat 20180324 eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung Direktion Soziales und Sicherheit

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020 betreffend «Erheblich erklärte Motionen und Postulate / 2-Jahresfrist (Direktion Soziales und Sicherheit)», gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21):

1. Punkt 1 der Motion 20080263, Peter Moser, FDP, «Konzept für Einsatz der Videokameras» wird als unerfüllbar abgeschrieben. Für die Erfüllung des in ein Postulat umgewandelten Punkts 2 wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
2. Für die Erfüllung des Postulats 20140273, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, «Bieler Finanzen durch fairen Soziallastenausgleich entlasten» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.

3. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20160274, Jeremias Ritter, GLP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Reto Gugger, BDP, Andreas Sutter BVP «Terminvereinbarung beim Einwohnerdienst» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
4. Für die Erfüllung der Motion 20170247, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP «Überarbeitung Marktreglement, SGR 943.1» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
5. Für die Erfüllung der dringlichen überparteilichen Motion 20170342, Susanne Clauss, Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine sinnvolle und rechtmässige Lösung für die Fachstelle Integration und die Ansprechstelle Integration (AI)» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
6. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20180257, Anna Tanner, SP/JUSO, Judith Schmid, PdA, Christoph Grupp, Grüne, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Aufnahme von Bootsflüchtlings» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
7. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20180258, Judith Schmid, PdA, Dennis Briechle, GLP, Muriel Günther, SP, Titus Sprenger, Passerelle, Lena Frank, Grüne, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
8. Für die Erfüllung des Postulats 20180296, Titus Sprenger, Passerelle, Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
9. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20180297, Reto Gugger BDP, Pascal Bord PRR, Bernhard Leuenberger FDP, «Auflösung Mietfachstelle» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2021 gewährt.
10. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20180324, Peter Heiniger, PdA, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Massnahmen gegen Raser in der Innenstadt» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
11. Für die Erfüllung des Postulats 20180367, Salome Strobel, SP, «Verkehrsschulungsanlage für Alle» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

1. Überparteiliches Postulat 20140159, Leonhard Cadetg, Alain Pichard, Reto Gugger, Alfred Steinmann, Martin Güdel / Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20160257, Alfred Steinmann, Natasha Pittet, Alain Pichard / Abschreibung
3. Dringliches Postulat 20170315, GPK / Abschreibung
4. Postulat 20180299, Susanne Clauss, Anna Tanner / Fristverlängerung

Überparteiliches Postulat 20160257, «Rekrutierung von Lehrkräften an den Bieler Primar- und Sekundarschulen»

de Maddalena Daniela, Grüne: Ich verweise auf die Priorität Nr. 6 in der Bildungsstrategie des Gemeinderats: «*Die Lehrerinnen und Lehrer arbeiten unter attraktiven Bedingungen.*» Dabei handelt es sich um ein strategisches Ziel und nicht

um eine Schlussfolgerung: Es muss uns bewusst sein, dass mit dem Integrationsprojekt, den immer grösser werdenden Schulklassen, den gesellschaftlichen Herausforderungen und dem Lehrerkräftemangel das Ziel dieser Strategie keineswegs erfüllt wird. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind in der ressourcenarmen Schweiz ein unverzichtbares Gut. Dazu gehört eine Schule, in welcher Lehrkräfte mit abgeschlossener Ausbildung unterrichten. Lösungen mit Studierenden ohne Unterrichtserfahrung und mittels pensionierter Lehrpersonen sind nicht «das Gelbe vom Ei». Gerade die erwähnte immer schwierigere Situation mit der vielgepriesenen Integration erfordert viel Wissen und Erfahrung. Sogar ausgebildete und erfahrene Lehrkräfte scheitern oftmals an den immer komplexeren Aufgaben. Es wäre dringend angezeigt, die Klassengrössen den aktuellen Bedingungen anzupassen. Damit würden die Arbeitsbedingungen wirklich attraktiver. Dies käme allen zugute: den Kindern, Lehrpersonen und den Unternehmen, welche auf gut ausgebildete Fachleute angewiesen sind. Bildung kostet etwas, sie ist unser höchstes Gut, tragen wir Sorge dazu. Das Postulat kann abgeschrieben werden. Die Fraktion Grüne wird aber in den nächsten Monaten ein weiteres Postulat mit klaren Forderungen zur Bildungspolitik der Stadt Biel einreichen.

Steinmann Alfred, SP: Das Problem der Lehrkräfterekrutierung dauert an. Ich denke jedoch, dass das Problem erkannt wurde und die BKS Anstrengungen unternimmt, um qualifizierte Lehrkräfte anzustellen. Die Kantonsverwaltung ist gefordert, genügend Lehrpersonen auszubilden und ihnen einen angemessenen Lohn zu bezahlen. Die städtische Verwaltung könnte mehr machen. Beispielsweise sollte jede Schule über eine eigene Website verfügen, welche die jeweilige Spezialität der Schule hervorhebt. Die Stadtverwaltung sollte diese unterstützen. Zu hoffen bleibt, dass die zukünftigen Rekrutierungen erfolgreich sein werden.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie de vous préoccuper des conditions d'enseignement et du recrutement du corps enseignant. Effectivement, le marché du travail dans ce domaine est un peu asséché en ce moment. Il n'y a pas suffisamment de personnes formées qui sortent de la Haute école pédagogique (HEP en français, PH en allemand), et ces enseignant(e)s fraîchement diplômé(e)s sont souvent déjà au bénéfice d'un contrat de travail. De plus, ces personnes souhaitent travailler à temps partiel ou se dirigent vers d'autres professions. La difficulté à laquelle nous sommes confrontés est bien connue et constitue un grand axe de la dernière «Stratégie de la formation» qui passait aussi par l'amélioration de l'image de l'école dans notre Ville. Aujourd'hui, nous devons refaire une «Stratégie de la formation», étant donné que nous sommes au début de la législature. Ce travail sera fait indépendamment du postulat déposé. C'est une préoccupation majeure pour la Direction de la formation, de la culture et du sport. En ce sens, je vous invite à radier du rôle ce postulat, compte tenu du fait que le travail va être réalisé de toute manière dans le courant de l'année et qu'une nouvelle «Stratégie de la formation» sera présentée qui prendra en compte cette difficulté mentionnée dans le postulat.

Schlussabstimmung Direktion Bildung, Kultur und Sport

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 9. Dezember 2020, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20140159, Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Alain Pichard, Fraktion GLP, Reto Gugger, Fraktion BVP/CVP/BDP, Alfred Steinmann, SP, Martin Güdel, Die Eidgenossen, «Keine Verschärfung der Restschulproblematik durch die Filière Bilingue» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
2. Das überparteiliche Postulat 20160257, Alfred Steinmann, SP, Natasha Pittet, PRR, Alain Pichard, GLP, «Rekrutierung von Lehrkräften an den Bieler Primar- und Sekundarschulen» wird als erfüllt abgeschrieben.
3. Das dringliche Postulat 20170315, GPK, «Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur» wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Das Postulat 20180299, Susanne Clauss, Anna Tanner, Fraktion SP-JUSO, «Genügend Kinderbetreuungsplätze», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

1. Postulat 20040601, Erich Fehr / Fristverlängerung
2. Postulat 20070075, Daphné Rüfenacht und Peter Isler / Abschreibung
3. Motion 20080379, Carine Zuber / Fristverlängerung
4. Postulat 20100258, Salome Strobel / Fristverlängerung
5. Postulat 20120287, Peter Moser / Fristverlängerung
6. Überparteiliches Postulat 20130308, Dana Augsburger-Brom, Pablo Donzé, Max Wiher, Roland Gurtner / Fristverlängerung
7. Motion 20140290, Peter Bohnenblust / Abschreibung
8. Postulat 20150231, Dennis Briechle, Lena Frank, Anna Tanner / Fristverlängerung
9. Postulat 20150301, Reto Gugger, Marcel Morandi, Andreas Sutter / Fristverlängerung
10. Postulat 20160236, Lena Frank / Abschreibung
11. Überparteiliches Postulat 20170206, Ruth Tennenbaum, Dana Augsburger-Brom, Glenda Gonzalez, Christoph Grupp, Max Wiher, Judith Schmid / Fristverlängerung
12. Überparteiliches Postulat 20170318, Sandra Schneider, Ruth Tennenbaum, Dennis Briechle / Fristverlängerung
13. Überparteiliches Postulats 20180226, Levin Koller, Urs Scheuss, Glenda Gonzalez, Salome Strobel, Urs Känzig, Titus Sprenger, Judith Schmid / Fristverlängerung
14. Überparteiliches Postulat 20180228, Levin Koller, Urs Scheuss, Glenda Gonzalez, Salome Strobel, Urs Känzig, Titus Sprenger, Judith Schmid / Fristverlängerung
15. Postulats 20180368, Salome Strobel / Fristverlängerung

Das Wort wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung Direktion Bau, Energie und Umwelt

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, gestützt auf Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20040601, Erich Fehr, SP, «Sanierung des Pfortnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
2. Das überparteiliche Postulat 20070075, Daphné Rüfenacht, Fraktion Grüne Biel und Peter Isler, Fraktion SP, «Umweltschutz – neue Strukturen für den Energiebereich» wird als erfüllt abgeschrieben.
3. Für die Erfüllung der Motion 20080379, Carine Zuber, Fraktion SP, «Verbesserung der Sicherheit für die Zweiradfahrenden in den Strassenunterführungen der Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
4. Für die Erfüllung des Postulats 20100258, Salome Strobel, SP, «Umsetzungsplanung Tempo 30» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
5. Für die Erfüllung des Postulats 20120287, Peter Moser, FDP, «Fussgängerbrücke zwischen Fuchsenried und Zollhausstrasse» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
6. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20130308, Dana Augsburg-Brom, SP, Pablo Donzé, Grüne, Max Wiher, GLP, Roland Gurtner, PAS, «Öko-Kompass auch für Biel/Bienne» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
7. Die dringliche Motion 20140290, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, «Renovation und Umbau Theater Palace: Begrenzung Beitrag der Stadt Biel auf maximal CHF 2,9 Mio.!» wird als erfüllt abgeschrieben.
8. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20150231, Dennis Briechle, GLP, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, «Abfalltrennung im öffentlichen Raum», nur Punkt 1, wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
9. Für die Erfüllung des Postulats 20150301, Reto Gugger, BDP, Marcel Morandi, BDP, Andreas Sutter, BVP, «Nachaltige Entlastung des Geyisriedwegs vom Schwerverkehr» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
10. Das Postulat 20160236, Lena Frank, Fraktion Grüne, «Öffentliche Velopumpen und Ladestationen für Elektrovelos» wird als erfüllt abgeschrieben.
11. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170206, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dana Augsburg-Brom, SP, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Christoph Grupp, Fraktion Grüne, Max Wiher, GLP, Judith Schmid, PdA, «Attraktivieren der Aufenthaltsqualität im Stadtpark mit einer Buvette» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2022 gewährt.
12. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170318, Sandra Schneider, SVP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dennis Briechle, GLP, «Melde-Plattform für Mängel und Schäden der städtischen Infrastruktur» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
13. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20180226, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Salome Strobel, SP, Urs Känzig, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine sichere Infrastruktur für Velofahrende in Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.

14. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20180228, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Salome Strobel, SP, Urs Känzig, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Eine attraktive und sichere Veloroute von Bözingen bis zum See» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.
15. Für die Erfüllung des Postulats 20180368, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Stopp dem Transit-Schwerverkehr auf der Ost-West-Achse durch die Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2023 gewährt.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und freue mich auf die Debatte morgen Abend.

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 22:52 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Bernardino Floriane